

# Der Tabak-~~Arbeiter~~

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Ankündigungen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 49.

Sonntag, den 4. Dezember.

1904.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Wer steckt dahinter?

Das wachsende Defizit des Reichsetats verjetzt auch die Interessenten der Tabakindustrie wieder in größere Unruhe. Die Frage, wie der große Fehlbetrag gedeckt werden soll, kragt allerhand neue Steuerpläne. Daß dabei die höhere Belastung des Tabaks allen Ernstes von den Fiskalverwaltungen im Reichsschatzamt erörtert worden ist, bedarf nicht erst noch des Beweises, nachdem jahraus jahrein alle Feinde des Tabaks auf die ergiebigeren Erschließung dieser Steuerquelle hindrängen. Neue Steuern kommen in Hinsicht auf die steigende Finanzkalamität in der laufenden Reichstagsession um so mehr in Frage, als die Ausgaben für Meer und Marine mächtig angeschwollen sind. Und noch steht nicht fest, ob nicht auch noch separate Militärvorlagen dem Reichstag unterbreitet werden.

Bei solchen Aussichten ist es verständlich, wenn die Organe der Tabakindustrie einer neuen Belastung des Tabaks vorzubeugen suchen. Wie dies aber beispielsweise die Deutsche Tabakzeitung tut, ist vielmehr geeignet, den Widerstand gegen neue Tabaksteuerpläne zu schwächen. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Die politischen Weltverhältnisse zwingen zu schweren Rüstungen und Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande. Das Wort „Sparjamkeit“ hier einzuführen würde eine schwerwiegende Verkennung der politischen Verhältnisse in sich schließen. Und wo soll der Hebel der Sparjamkeit angelegt werden?“

Es ist vielmehr eine schwere Verkennung „der politischen Weltverhältnisse“, wenn jemand heute neuen Rüstungen das Wort spricht. Seit mehr als einem Jahrzehnt hat für das Deutsche Reich nie weniger Veranlassung zu neuen Rüstungen vorgelegen, als gegenwärtig. Im Jahre 1893 konnte die Regierung es noch wagen, die damalige Heeresvermehrung bei den bürgerlichen Parteien mit gruseligsten Vorstellungen über die ungeheure, immer wachsende Militärmacht Rußlands durchzusetzen. Falsche Karten über die militärisch drohende Besetzung der Westgrenzen Rußlands, übertriebene Angaben über die Gesamtzahl des russischen Heeres, schmeichelhafte Schilderungen über dessen vortreffliche Ausbildung und über das Kampfmateriale mußten damals dazu beitragen, den Widerstand gegen die Erhöhung der Präsenziffer des deutschen Heeres zu brechen.

Heute zeigt es sich, welche kolossale Uebertreibung die deutsche Regierung sich zu schulden kommen ließ — der japanisch-russische Krieg offenbart die Verlotterung, Korruption und Ohnmacht der russischen Militärmacht in ungeahnter Weise. Der „Koloß auf tönernen Füßen“ ist durch seine Niederlagen in Ostasien vor der ganzen Welt blamiert, seine Macht ist gesunken, die falsche Furcht vor ihm zerstört. Heute kann es die deutsche Regierung nicht wagen, Militärforderungen mit einem schauererregenden Hintweis auf den „Erbfeind im Westen“ und dem mit ihm verbündeten „Erbfeind im Osten“ zu begründen — der „Erbfeind im Osten“, der übrigens unser offizieller Erbfeind ist, ist in seinen militärischen Aktionen auf lange hinaus durch das kleine Japan gebändigt und der „Erbfeind im Westen“ ist durch diese Bloßstellung der militärischen Unfähigkeit Rußlands, seines Verbündeten, ebenfalls kaltgestellt, wenn er je geglaubt hätte, unter Beihilfe Rußlands über Deutschland herzufallen. Rußlands Erniedrigung durch den ostasiatischen Krieg gestaltet überhaupt die Weltverhältnisse günstiger, so daß „schwere Rüstungen und Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande“ weniger als je notwendig sind.

Geben aber Preisvertreter der Tabakindustrie der Regierung für neue Rüstungen carte blanche, dann ist es kein Wunder, wenn diese sagt, nun müßt Ihr auch für die Kosten eintreten. Das will denn diese Art Weltpolitiker auch ganz gern, nur soll die Tabakindustrie verschont bleiben. Auslachen wird man sie jedoch ob ihrer Einwände, wenn sie erst die Gefahr mit an die Wand malten. Auslachen wird man sie auch, wenn sie in der Art für die Aufbringung der Kosten eintreten, wie dies die Deutsche Tabakzeitung in folgenden Ausführungen tut:

Neue Reichseinnahmen werden schwer zu beschaffen sein. Nach Lage der Verhältnisse ist ein Tabakmonopol als aus- geschlossen zu betrachten. Bismarck hat es seinerzeit, wie wir an dieser Stelle vor kurzem erst erwähnten, nicht durchzusetzen vermocht, und im Laufe der Jahre hat sich die Möglichkeit, dieses Projekt durchzuführen, erfreulicherweise mehr und mehr verringert. Auch das Projekt einer Steuererhöhung hat kaum Chancen. Der Widerspruch wäre ein so allgemeiner, daß man auf Seiten der Regierung sehr bald die Erfolglosigkeit dieser neuen Maßnahme würde feststellen können. Mehr Aussicht auf Erfolg böte die Biersteuer, zwar wäre auch hier auf einen energischen Einspruch zu rechnen, wenn gleich sich, was das Bier anbetrifft, in einem Mehrbelastungsprojekt ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit erblicken ließe, und schon aus diesem Grunde dem Projekt eine Existenzberechtigung nicht abgesprochen wer-

den kann. Wie wir bereits anführten, besteht zwischen der Belastung von Bier und Tabak eine Differenz von 12 Prozent zugunsten des ersteren. Hier könnte der Hebel zu einem befriedigenden Ausgleich, und zu einer nicht unwesentlichen Beihilfe zum Ausgleich des Reichsdefizits angelehrt werden. Die Brauereien bringen ihren Aktionären immer noch recht hohe Dividenden. Es werden solche bis zu 20 v. H. angeführt, der Durchschnitt von 50 Brauereien stellte sich auf 8,29 v. H. Man weiß, daß der Verdienst der Gastwirte am Bier ein enorm hoher ist, daß er nicht noch höher ist, das liegt einzig und allein an der Konkurrenz, welche sich die Wirte untereinander bereiten, und vor allen Dingen an dem Umstand, daß bei der Erteilung von Schankkonzessionen auf die Bedürfnisfrage kaum Rücksicht genommen wird. An eine Verminderung der Ausgaben für den Reichshaushalt ist nicht zu denken, dieselben werden eine Steigerung erfahren. Wir erinnern nur an die großen pekuniären Opfer, welche der Krieg in Südwesafrika erfordert. Man verabsäume daher nicht, Mittel und Wege zu ergreifen und einzuschlagen, welche unfreies Erachtens, wenn auch mit Uebernahme einiger Unbequemlichkeiten, zum gewinnhaftesten Ziele führen können. Der Versuch, aus dem Tabak etwas herauszuschlagen, wird fehlschlagen, die erhöhte Biersteuer bietet sichere Aussicht auf Erfolg.

Diese Art der Abwehr gemahnt lebhaft an das Wort:  
Heiliger St. Florian,  
Beschön' mein Haus, zünd' andre an!

Diese Art der Abwehr zeigt aber auch die Arbeiterfreundlichkeit dieser Bierbankpolitiker in richtigem Lichte. Wer indirekte Steuern auf Verbrauchsartikel der Volksmassen empfiehlt, darf es nicht wagen, ernsthaft die Arbeiterinteressen gegen eine höhere Besteuerung des Tabaks ins Treffen zu führen. Bier und Tabak werden von den Steuer-Expreslern deshalb für die ergiebigsten Steuerobjekte gehalten, weil die werktätigen Massen des Volkes diese Produkte in ungeheuren Massen konsumieren. Die höhere Besteuerung dieser Volkskonsumartikel belastet aber gerade die Arbeiter, deren Existenz jene Bierbankpolitiker angeblich schonen wollen. „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.“

Weiter ist es indes die größte politische Tölpelhaftigkeit, aus Rücksicht auf die Tabakindustrie eine höhere Biersteuer zu empfehlen. Bei jeder Steuerkampagne gegen den Tabak haben die Tabakinteressenten einschließlich der Tabakarbeiter es verstanden, die Sympathie fast der ganzen Bevölkerung für ihren Widerstand gegen neue Tabaksteuerpläne zu erringen. Und gerade hierin lag der Erfolg des oppositionellen Widerstandes. Wenn jetzt aber die Presse der Tabakindustrie empfiehlt, den arbeitenden Massen das Bier zu verteuern, so werden diese mehr belasteten Arbeiter, statt uns im Kampfe gegen eine höhere Besteuerung des Tabaks zu unterstützen, in Horn geraten über diese perfide Auslieferung ihrer Interessen an den Steuerfiskus. Und die Brauer und Wirte werden nicht weniger wild gegen eine solch unglaublich kurzfristige Steuerabwälzung auftreten. So versichert eine entweder dupierte oder politisch unreife Presse der Tabakindustrie die für alle Steuerkämpfe unentbehrliche Sympathie der Massen.

Fast scheint es, als hätte ein Regierungskanzlist den unsinnigen Artikel der Deutschen Tabakzeitung geschrieben, nach dem bekannten Rezept: Divide et impera! (Teile und herrsche!)

Gelänge es, mit derartigen Ausfällen die Brauindustrie und die Wirte gegen die Tabakindustrie aufzubringen, wie es die Deutsche Tabakzeitung in der banalsten Weise fertig bringt, dann wäre der lachende Dritte — die Regierung; sie erhielte eine höhere Bier- und Tabaksteuer zugleich, wenn man Bier und Tabak zum Kampfe gegeneinander hegen könnte. Diese Arbeit betreibt aber das Unternehmerblatt auffällig. Wer steckt dahinter? —

## Verschiedene Strömungen im Zentrum.

Wohl in keiner andern Gegend hat das Zentrum so viele Auseinandersetzungen und Zerwürfnisse in seinen Reihen zu sichten und zu überbrücken, als am Rhein, speziell am Niederrhein. Selbstverständlich sind diese Differenzen alle wirtschaftlicher Natur und werden durch die verschiedenen Interessengruppen, die im Zentrum vertreten sind, bedingt. Den meisten Sprengstoff verschaffen die christlichen Gewerkschaften, die im übrigen Deutschland wenig oder gar keinen Eingang finden können, am Niederrhein aber ziemlich stark sind. Bekanntlich stand die Wiege dieser Gewerkschaften in M.-Gladbach, wo sich die Zentralstelle des katholischen Volksvereins befindet, dort, wo eine Anzahl zumeist jüngerer Geistlichen tätig ist, die „geistigen Waffen“ gegen die Sozialdemokratie zu schmieden, werden die Führer der christlichen Gewerkschaften ausgebildet. Aber selbst in M.-Gladbach stößt die Einführung der christlichen Gewerkschaften auf Widerstand in den Reihen der Unternehmer, und vornehmlich der ultramontanen. Maßregelungen von christlichen Vorstandsmitgliedern oder Vertrauensleuten ist nichts Seltenes, deshalb sind von dem Orte fast fortwährend

kleinere Streiks oder Aussperrungen zu melden. Der nämliche Zustand herrscht in Aachen und den umliegenden Industrieorten, ständiger Krieg im Kleinen; war dieser Lage doch von vier Streiks in Aachen zu melden, an denen die Christlichen beteiligt waren. Die Zentrumspresse befindet sich in einer verzwickten Lage, im Innern erwünscht sie die Gewerkschaftsbewegung, ob christlich oder unchristlich, aber so wie sie damals, um die katholischen Arbeiter als Stimmvieh für das Zentrum nicht zu verlieren, der Gründung der christlichen Gewerkschaften zustimmen mußte, so muß sie auch jetzt zumeist die Sache zu vermitteln suchen. Ein Teil der rheinischen Zentrumspresse, voran die Kölnische Volkszeitung, stellt sich auf Seiten der Gewerkschaften und ruft die katholischen Unternehmer zur Vernunft; ein ganz kleiner Teil macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und spricht den christlichen Gewerkschaften die Existenzberechtigung ab; katholische Arbeitervereine genügen. Der größte Teil, besonders die Kaplanspresse, steht in dem Wirrwarr ratlos da, sucht aber durch wildes Geschimpfe auf die Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit von dem Streit abzulenken.

In der letzten Zeit ist die Sache nun dadurch noch schlimmer geworden, daß die christlichen Gewerkschaften festen Fuß in weiteren Kreisen, diesmal in Cleve-Geldern, festen. Die Unternehmer in diesen Kreisen, alles feste Zentrumsstützen, wollen aber keine organisierten Arbeiter in ihren Betrieben haben, sie wollen „Gerr im Hause“ bleiben, erklärten sie kurz. Und da geschah das Unerhörte, daß in dem frommen Wallfahrtsorte Revelar die Arbeiter der Krugfabrik von Jding und diejenigen der bekannten Gebelbüchsenfabrik von Buson u. Becker in den Streit traten, um die Anerkennung der Organisation zu erzwingen. Nebenbei garte es in Goch und Cleve. Auch dort fanden Maßregelungen statt, und so mußte, um dem offensibaren Skandal ein Ende zu machen, die Geistlichkeit eingreifen. Scheinbar haben die Unternehmer nachgegeben, die Spannung ist aber noch immer vorhanden, die Vertrauensleute werden auf jede Art und Weise gezwacht, um sie mürbe zu machen, sogar werden jetzt noch Anzeigen wegen angeblichen Terrorismus der damaligen Streikposten erstattet. Während aber nun die Geistlichkeit alle Hände voll zu tun hat, um den Ausbruch eines großen Streiks in einem Gebiete, wo bisher von Arbeiterbewegung nichts zu merken war, zu verhüten, wird in der Westdeutschen Gewerbezeitung, dem Organ der Innungen, gegen die christlichen Gewerkschaften mobil gemacht. Den Gewerkschaftsführern spricht man jede Kenntnis der Verhältnisse im Handwerk ab und stellt sie als Hezer hin. Die Westd. Arbeiterzeitung, das Organ des katholischen Arbeitersekretärs Giesberts, bleibt die Antwort nicht schuldig und nennt den Redakteur des Innungsblattes, einen Schlossermeister Kriegers, einen notorischen Scharfmacher.

Hinzu kommt noch, daß die Westdeutsche Arbeiterzeitung gegen das Kontraktbruchgesetz ganz energisch Front macht und erwartet, daß die Mitglieder des Zentrums die Vorlage strikte ablehnen, während die liberale Rheinische Volksstimme in Kempen unbedingt erwartet, daß die Vorlage Gesetz werde. Außerdem machen die katholischen Bauern in Versammlungen und in ihrer Presse Propaganda gegen den Kanal mit oder ohne Schlepplimonopol, dagegen äußert sich ein anderer Teil der Zentrumspresse zustimmend zu dem Projekt.

Wie oben bemerkt, alles Streitigkeiten, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Gruppen bedingt sind; schloße nicht die Religion ein so festes Band um diese Gruppen, oder vielmehr, verstände es die katholische Geistlichkeit nicht so ausgezeichnet, den katholischen Arbeitern das Schreckbild: die Religion ist in Gefahr, vorzumalen, die Partei wäre längst auseinandergefallen. Eine andre Frage ist die, wie lange sich die katholischen Arbeiter mit diesem Köder noch hinhalten lassen. Von geistlicher Seite ist man natürlich ängstlich bemüht, jeden Hauch freireligiösen Geistes von den gläubigen Schäfchen abzuhalten. In diesem Punkte sind sie sich alle einig, Geistlichkeit, Behörde, katholische Unternehmer sowie christliche Gewerkschaftsführer. Den freien Gewerkschaften sowohl wie der Partei werden alle Lokale abgetrieben. Den Wirten wird sogar mit Konfessionsentziehung gedroht, wenn sie ihr Lokal hergeben wollen. Um aber trotzdem dort Propaganda treiben zu können und Verbindungen anzuknüpfen, hat der Deutsche Textilarbeiterverband seit dem 1. Oktober d. J. einen Beamten für den linksrheinischen Bezirk angestellt. Gleichfalls ist vom niederrheinischen Parteitag an den Parteivorstand der Antrag gestellt worden, die Mittel für einen Beamten für den Niederrhein zu bewilligen. Diefem Antrage wird hoffentlich stattgegeben; der Beamte würde, wenn er die Situation auszunutzen versteht, ein schwieriges, aber sehr dankbares Agitationsgebiet zu bearbeiten haben.

# Rundschau.

**Die Anwendung der Arbeiterschutzbestimmungen** scheitert leider nur zu oft daran, daß die Gerichte sich nicht einig sind darüber, was den Charakter eines Fabrikbetriebes ausmacht. Eine genaue, auf alle Fälle passende Definition des Begriffs „Fabrikbetrieb“ läßt sich ja kaum geben. Aber sehr bedenklich ist die Neigung, den Begriff möglichst einzuzengen, weil dadurch für zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen die für sie mitbestimmten Schutzbestimmungen illusorisch gemacht werden. Einen interessanten Fall dieser Art hat das Reichsgericht entschieden. Von der Anklage, jugendliche Arbeiterinnen zu lange beschäftigt zu haben, sind am 5. Mai vom Landgericht Elberfeld die Kaufleute Hermann und Ernst Wahl, der Handlungsgehilfe Emil Birsholz und die Directrice Lagerloh freigesprochen worden. Die Gebrüder Wahl betreiben ein Konfektionsgeschäft und beziehen den größten Teil ihrer Waren fertig aus Fabriken. Nur für besondere Wünsche werden Kleidungsstücke angefertigt, und zwar in besonderen Werkstätten. Dieser Teil ist der kleinere und bringt nur 10 Prozent des Gesamtumsatzes ein. In den 7 Ateliers wird nur nach Maß gearbeitet, indem die im Laden gekauften Stücke nach den Wünschen der Kunden umgearbeitet werden. Eine Herstellung für andre Geschäfte findet nicht statt. Zehn Nähmaschinen mit Motorbetrieb arbeiten für die geringe Wäsche. Die Arbeiter für Herrenkonfektion sind gelernte Schneider. Arbeitsteilung besteht nur insofern, als ein Arbeiter nur Röcke, einer nur Hosen, einer nur Westen herstellt. Die Abteilung für Damenkonfektion ist ebenso eingeteilt. Lehrlingmädchen werden in ganz geringer Zahl eingestellt und zu wirklichen Mäntelmäherinnen usw. ausgebildet. Das Gericht hat angenommen, daß auf diesen Betrieb nicht die Bestimmungen für Fabriken anzuwenden seien. Das Geschäft weise allerdings unverkennbar mehrere Momente des Fabrikbetriebes auf, andererseits fehlten Begriffsmerkmale. Im wesentlichen werde nur Handarbeit geleistet. Die Tätigkeit der Arbeiter sei keine rein mechanische; sie verlange Kenntnis und Verständnis. Die Zahl der Lehrlingmädchen sei eine beschränkte, die Ausbildung eine umfassende. Die Arbeitsteilung sei nicht fabrikmäßig; jede Arbeiterin sei eine perfekte Mäherin und imstande, jedes Kleidungsstück herzustellen. Massenherstellung finde nicht statt. — Die Revision des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urteil wurde vom Reichsanwalte befürwortet. Er führte aus: Wie das Gericht richtig annimmt, ist das Gesamtbild zu prüfen, aber das Gericht vergreift sich beim Zeichnen des Gesamtbildes. Es handelt sich um ein großes Unternehmen, das in der Hauptsache als Konfektion bezeichnet wird. Das Gericht nimmt an, daß eine Anzahl handwerksmäßiger Betriebe vorliegt, die voneinander ganz gesondert sind, aber in der Hand des Unternehmers zusammenlaufen. Aber es kommt darauf an, wie die Ateliers in der Hand des Unternehmers zusammenarbeiten. Individualarbeit ist im Fabrikbetriebe nicht ausgeschlossen. Das Gericht hat auch geprüft, ob die Werkstättenordnung in Betracht kommt. Aber unter Werkstätten sind Betriebe zu verstehen, nicht Betriebsräume, wie das Gericht annimmt. — Das Reichsgericht folgte diesen Ausführungen, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

**Es wird immer besser**, jetzt geht man schon gegen Kinder auf Grund des bekannten § 153 der Gewerbeordnung vor. Der Streik der Volleschen Milchjungen in Berlin hat eine Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und verurthet Nötigung gezeitigt, die gegen den 13jährigen Steinmelehrling Ernst Heise vor der Strafkammer verhandelt wurde. Der Dreifährhock, der mit dem Gesicht kaum über die Schranke des Anklageraums hinausragte und sehr vergnügt im Gerichtssaale umherblickte, war „Leiter der Streikorganisation“ der Volleschen Milchjungen. Die „arbeitswilligen“ Jungen wurden durch Streikposten davon in Kenntnis gesetzt, daß sie gehörig „verhauen“ werden würden, wenn sie nicht gleichfalls die Arbeit niederlegten. Zu den „Streikbrechern“ gehörte der Milchsträger Krauspe. Als dieser eines Tags ein Haus verließ, wurde er von 20 bis 30 Streikenden, die vom Angeklagten angeführt wurden, umringt. Dieser ließ erst eine tote Maus in den Milchkübel des K. gleiten und dann ging man mit dem Streikbrecher arg ins Gericht. Der Angeklagte soll sich dabei nicht nur der versuchten Nötigung, sondern auch des Vergehens gegen die Reichsgewerbeordnung schuldig gemacht haben, indem er Arbeitswillige durch Bedrohung von der Fortsetzung der Arbeit habe abhalten wollen. — Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Angeklagte trotz seiner Jugend sich der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen sei, er hielt aber einen Verweis für eine ausreichende Sühne. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

**Streikposten als Behinderer der freien Passage.** Ein neues Strafmittel gegen Streikposten hat die Königsberger Polizei entdeckt. Und zwar bestraft sie es im § 157 ihrer Straßenverordnung, der neben andern Bestimmungen die enthält:

Personen, welche die freie Passage behindern, sind strafbar.

Das Landgericht Königsberg verurteilte den Streikposten F. auf Grund dieser Bestimmung zu einer Geldstrafe, weil er auf dem Bürgersteige gegenüber der Ostbahn so gestanden habe, daß Leute aus dem Publikum den Weg über den Damm hätten fortsetzen müssen. Für diese Feststellung war dem Gericht die Aussage eines Schutzmanns maßgebend, der gesehen hatte, daß einzelne passierende Personen dort, wo F. stand, vom Bürgersteig auf den Damm traten, um wieder den Bürgersteig zu betreten, nachdem sie vorbei waren. Angeklagter legte Revision ein. Sein Anwalt machte geltend, daß eine Behinderung der freien Passage nicht durch den Umstand bewiesen sei, daß einzelne Personen beim Standpunkt des Angeklagten auf den Mittelweg traten, ohne den Versuch zu machen, auf dem Bürgersteig um F. herumzugehen. Das wäre möglich gewesen. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Die Bestimmung des § 157 der Straßenpolizeiverordnung, welche die Behinderung des freien Verkehrs unter Strafe stelle, sei rechtmäßig. Sie habe ihre Stütze im § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes. Da nun festgestellt wäre, daß die Passage beengt worden sei durch das Verhalten des Angeklagten, so wäre die Bestrafung aufrecht zu erhalten. In zwei andern Fällen verwarf das Kammergericht die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die i. m. l. erfolgte

Freisprechung, weil hier festgestellt sei, die freie Passage sei durch den Aufenthalt der Streikposten auf dem Bürgersteig nicht behindert worden. Das Landgericht hatte in diesen Fällen festgestellt, daß das Publikum auf dem Bürgersteig selbst um die Streikposten links oder rechts hätte herumgehen können.

**Wie die Unternehmer den gesetzlichen Kindererschutz zu umgehen versuchen**, lehrt eine Verhandlung gegen einen Bäckermeister in Halle. Auf Grund des Kindereschutzes ist die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Betrieben vor Beginn des Schulunterrichts untersagt, weshalb die Polizeibehörde über einen Bäckermeister, der diese Bestimmung übertretend, eine Geldstrafe von 3 Mk. verhängt hatte. Der Verurteilte machte dann vor dem Schöffengericht geltend, daß die Beschäftigung des schulpflichtigen Knaben nur während der Ferien erfolgt sei. Das Gericht stellte jedoch fest, daß auch während der Ferien keine Beschäftigung von Kindern vor Beginn der Tageszeit, zu der sonst die Schule anfängt, erfolgen dürfe, und wies den Einspruch kostenpflichtig ab.

**Niedrige Löhne** bilden ein Hemmnis für den Fortschritt der Produktion. Diese Erfahrungstatsache kann augenblicklich wieder einmal in Oesterreich festgestellt werden, wo einige Schuhfabrikanten den Versuch machten, die maschinelle Erzeugung auch in Oesterreich einzuführen. Die Versuche mußten schon nach kurzer Zeit wieder eingestellt werden, da die billigen Wiener und böhmischen Handarbeiter den Kampf gegen die Maschine erfolgreich zu bestehen vermochten. Es ist bemerkenswert, daß die Arbeiter den Versuch vereitelten. Bedeutend doch vom Standpunkt der Arbeiter gerade der maschinelle Betrieb einen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Daß aber trotz der niedrigen Löhne die Konkurrenzfähigkeit Oesterreichs in Schuhen auf dem Weltmarkt zurückgeht, das zeigt die Gestaltung des Exportes im Vorjahre. In England, einem sonst sehr aufnahmefähigen Absatzgebiet, erringt der amerikanische Schuh, der maschinell von gut bezahlten Arbeitern hergestellt wird, immer mehr Erfolge, und auch in Deutschland geht der Umsatz in österreichischen Schuhen zurück, da die deutsche Schuhwarenindustrie durch Benutzung amerikanischer Maschinen ihre Stellung ungemein befestigt hat, und außerdem ein Teil des Bedarfs durch die Vereinigten Staaten gedeckt wird.

**Die Regelung der Produktion durch die Kartelle und Syndikate** gehört zu den beliebtesten Dogmen der Kartellfreunde. Obgleich gerade in den kartellierten Branchen der Eisenindustrie die letzte Wirtschaftskrise am heftigsten hervortrat und in den Verhandlungen der Kartellenquete von den Syndikatsvertretern selbst zugegeben werden mußte, daß ihre Verbände nur die Wirkungen der Krise etwas zu mäßigen, nicht aber die Produktion zu regeln vermöchten, findet sich fast in jedem neuererscheinenden kartellfreundlichen Werk wieder die alte Mär, die Kartellierung führe zur Produktionsregelung und Verhinderung der Krisen. Dieser immer wieder beweislos erhobenen Behauptung gegenüber ist es recht interessant, was im Anschluß an eine Betrachtung über die Lage des Eisenmarktes die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das „Leibblatt der Syndikate“, über die Wirkung der Eisenkartelle auf die Produktionsverhältnisse schreibt: „Der Vorurteilsfreie kann sich heute der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Verbände selbst in ihrer heutigen wesentlich erweiterten Form nicht diejenige Macht und den Einfluß über die Preis-, Erzeugungs- und Absatzverhältnisse gewinnen können, der für eine ruhige und stetige Entwicklung des Marktes unbedingt erforderlich wäre. Nicht sie schieben die Verhältnisse, sondern sie werden von den Verhältnissen geschoben, sei es von außen her, wie bei den Roheisen-, Röhren-, Feinblech- und Drahtverbänden, wo die außenstehenden Werke die Preise unvollständig gestalten, sei es von innen, wie beim Kohlenyndikat und Stahlwerksverband, wo eine Gruppe von Mitgliedern verderblich wirkt und die Existenz in Frage stellt. Es muß auffallend erscheinen, daß beim Stahlwerksverband, der augenblicklich ja im Mittelpunkt des industriellen Interesses steht, nicht eins der alten rheinisch-westfälischen Stahlwerke (außer Krupp, der sich nicht gut ausschalten ließ) mit zu den bestimmenden Faktoren des Verbandes (Beirat und Aufsichtsrat) gehört. Weder Bochumer Verein, noch Gutehoffnungshütte, noch Phönix, noch Union, noch Förder Verein, noch Rheinische Stahlwerke, noch Georgs-Marien-Verein gehören dazu. Die jüngeren, größtenteils erst in neuerer Zeit hochgekommenen Thomas-Werke in Lothringen, an der Saar und Bruchhausen, an deren Sünden der Markt krankt, führen das Szepter im Verband, und auf ihren Einfluß dürften die Maßnahmen zurückzuführen sein, die nicht nur von seiten der Halbzeugverbraucher lebhaften Angriffen ausgesetzt gewesen sind, sondern die auch die Mißbilligung der eignen Verbandsmitglieder und der weiteren interessierten Öffentlichkeit gefunden haben.“

**Die gesicherte Existenz.** Die Direktion der pfälzischen Privatkohlenruben, konsolidierte Nordfeld, teilt den Arbeitern mit, daß der Betrieb zu Anfang Januar stillstehen muß und somit sämtliche Bergleute bis dahin abgelegt sein müssen. Etwa 700 Bergleute werden brotlos. Die Gesellschaft hat bereits 6 1/2 Millionen in dem Unternehmen angelegt. 14 bayrische und 5 preussische Gemeinden werden von der Entlassung der Arbeiter betroffen.

**Ein Lob der Arbeiter.** Der badische Fabrikinspektor Dr. Fuchs weist, wie die Holzarbeiterzeitung berichtet, in einem Berichte an die Regierung in Verantwortung einer bestimmten Frage darauf hin, daß die Arbeiter auf dem Lande (in der weiteren Umgebung von Karlsruhe) eifrige Zeitungsleser seien und daß von einer politischen Gleichgültigkeit der ländlichen Industriearbeiter heute nicht mehr gesprochen werden kann. Die Zeitungslektüre, so fährt er fort, ist zurzeit das hauptsächlichste Mittel zur intellektuellen Fortbildung dieser Klasse von Arbeitern; die Bedeutung der Presse für den Kulturfortschritt kann kaum hoch genug eingeschlagen werden.

**Die Sozialdemokratinnen und die Volksschule.** Der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein in Berlin hat die Beschäftigung mit der Volksschule auf sein Arbeitsprogramm gesetzt. Er veranstaltet eine Reihe von Vorträgen, die sich mit den Aufgaben und den gegenwärtigen Leistungen der Volksschule befassen werden. Den ersten, recht zahlreich von Frauen des Volkes besuchten Vortrag hielt Frau Vally Zepler in den Arminhallen in der Kommandantenstraße über das Thema: Was müßte und könnte die Volksschule für die Erziehung leisten, und was leistet sie? Die Rednerin wies darauf hin, daß die Volksschule ihre Aufgaben, die Menschen zum selbständigen Denken, zum richtigen Sehen und Beobachten und zum gewandten

mündlichen und schriftlichen Ausdruck der Gedanken zu erziehen, nur sehr unvollkommen erfülle, und fand die Ursache in der mangelhaften Lehrerbildung, die statt am freien Wissensquell der Hochschulen in staatlich eingeeigneten Seminarien geschehe. Ferner in dem Ueberwuchern der Theorie beim Unterricht und drittens in der Lehre nach einer alten Weltanschauung, die in Naturwissenschaft und Religionsunterricht nicht an die von der Wissenschaft anerkannte Entwicklungslehre, sondern an die mosaische Schöpfungsgeschichte anknüpfe und so die Kinder des arbeitenden Volks in Gegensatz bringe zu dem, was an den höheren Schulen als Wahrheit gelehrt, und was überall in der Welt als solche verkündet werde. Die lebhafteste Teilnahme an der Debatte bewies, daß die Frauen aus dem Volke die Wichtigkeit des Gegenstandes begriffen.

**700000 Mk. Defizit** — eine Folge der freien Arztwahl. Da hat sie den Salat! könnte man ausrufen, wenn man hört, daß die Münchener Ortskrankenkasse im abgelaufenen Jahre 700000 Mk. Defizit gemacht hat, an die vom Gesetz verlangten Rücklagen zum Reservefonds gar nicht zu denken. Das sind die Folgen der freien Arztwahl! Nun wird es Beitragserhöhungen und Herabsetzung der Leistungen geben. — Dieses traurige finanzielle Resultat der freien Arztwahl dürfte allen Klassen, die noch nicht mit dieser Einrichtung beglückt sind, ein neuer Ansporn sein, sich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen deren Einführung zu sträuben.

**Gesetzliche Festlegung der Sonntagsruhe.** Der oberste Arbeitsrat in Frankreich beschloß in seiner letzten Sitzung, daß überall eine ununterbrochene Sonntagsruhe von 24 Stunden verfügt werde und die Arbeit schichtweise in den Betrieben eingerichtet wird, wo auch Sonntags gearbeitet werden muß. In den übrigen Industrien soll die Sonntagsruhe 36 Stunden betragen. — Frankreich ist in den Augen unserer Reaktionäre bekanntlich ein wildes Land!

**Dem Glend der Heimarbeiterinnen** beginnt man nun auch in französischen Frauenkreisen die Aufmerksamkeit zuzuwenden. Maria Martin berichtet im Journal des Femmes über die letzte Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Arbeiterschutz, auf der das Thema der Heimarbeit zur allgemeinen Diskussion stand. Der Referent Mr. Naoul Jay schloß sich der auf dem Berliner Heimarbeiterkongreß aufgestellten Forderung eines gesetzlich geregelten Lohntarifs an. Mr. Millerand verlangte eine Enquete über die Ausdehnung der Heimarbeit. Beide Vorschläge wurden als Resolutionen angenommen. Maria Martin bemerkte dazu, daß solche Beschlüsse nur wirken, wenn sie nicht allein Gesetz, sondern auch Brauch geworden seien, und daß die Verbesserung der Heimarbeit ganz besonders ein soziales Arbeitsfeld für Frauen sei, die sich ernstlich mit dieser Frage beschäftigen sollten.

**Japanische Sozialisten über den Amsterdamer Kongreß.** Der „Sozialist“, das Organ der japanischen Sozialdemokraten, erklärt sich mit der Behandlung, welche die Frage der Einwanderung afrikanischer und asiatischer Rassen auf dem Kongreß erfährt, nicht ganz einverstanden. Sozialdemokraten sollten keine Rassenunterschiede machen. „Würde es die Verwirklichung des Sozialismus erleichtern, wenn man uns als eine minderwertige Rasse ansieht? Ist es nicht viel besser für die Arbeiter der ganzen Welt, daß sich alle zu einem großen Ganzen vereinigen gegen die Kapitalisten? Unsere Arbeiter, welche Sozialisten sind, sind auch bereit, den Organisationen der Arbeiter in anderen Ländern beizutreten und verlangen dieselben Löhne wie diese, sobald sie in jenen Ländern sich befinden.“ Das sei der richtige Weg, um die Schnupfkonkurrenz unter den Arbeitern zu beseitigen.

**Die Generalstreikfrage in Schweden.** Die bevorstehende Urabstimmung in den schwedischen Gewerkschaften über die Frage, ob man gewillt ist, wenn es nötig sein sollte, im nächsten Jahre die Opfer eines großen allgemeinen Streiks zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts auf sich zu nehmen, hat selbstverständlich zu lebhaften Diskussionen Veranlassung gegeben. Es sind dabei verschiedene Meinungen laut geworden, sowohl solche für, wie solche gegen den Generalstreik. Am Freitag besaßte sich eine vom schwedischen Eisenbahnmänner-Verband in Stockholm einberufene Versammlung von Angestellten der Staats- und Privatbahnen, die von ungefähr 500 Angestellten besucht war, mit der Frage. Als Referenten hatte man den Reichstagsabgeordneten Branting, sowie August Palm, einer der bekanntesten und ältesten Agitatoren der schwedischen Sozialdemokratie eingeladen. — Branting erklärte, daß er es für verhängnisvoll ansehe, im Jahre 1905 zu der mächtigen Waffe des Generalstreiks zu greifen, betonte aber stark, daß die Arbeiterklasse niemals diese Waffe als äußerstes Kampfmittel aufgeben sollte. Er hielt es bei der gegenwärtigen Lage der Wahlrechtsfrage nicht für nötig, die ganze Macht der Arbeiterklasse anzuwenden. Die Wahlrechtsfrage werde auch diesmal scheitern und zwar zu gunsten der Arbeiterklasse. Im übrigen meinte der Redner, daß die Organisationen, besonders die der Verkehrswirtschaft und der Landarbeiter noch in mancher Hinsicht zu mangelhaft seien, um einen solchen Streik mit Erfolg durchzuführen. — Palm hielt es dagegen nicht für verhängnisvoll, im nächsten Jahre den Generalstreik anzuwenden, hielt die zur Urabstimmung ausgegebenen Fragebogen für überflüssig und meinte, daß man den Enthusiasmus der Arbeiterklasse entfachen müsse. Die Begeisterung für das große Ziel werde auch die Unorganisierten mitreißen, und wenn eine Niederlage eintreten würde, so sei auch das zu überwinden. — Die Versammlung nahm nach einer lebhaften Debatte eine Resolution an, die besagt, daß, wenn keine zufriedenstellende Wahlrechtsreform durchgeführt werde, die Eisenbahnmänner mit den Arbeitern der andern Verufe die Arbeit zur Erzwingung einer solchen Reform einstellen müssen, daß aber die gegenwärtige Lage einen Generalstreik im kommenden Jahre nicht erforderlich mache.

## Zur Aussperrung der Tabakarbeiter von Halberstadt.

In einer am 28. November hier abgehaltenen Besprechung der ausgesperrten Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, in welcher die Frage zur Entscheidung stand, ob angesichts der langen Dauer des Kampfes weiter gekämpft werden solle, wurde einstimmig beschlossen, den Kampf weiter zu führen, da auf seiten der vereinigten Zigarrenfabrikanten keine Neigung vorhanden zu sein scheint, wie wiederholt eingeleitete Unterhandlungen beweisen, einen ehrlichen Frieden mit den Arbeitern schließen zu wollen, bei welchem es weder Sieger noch Besiegte zu geben brauchte.

Alle Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands mögen es sich deshalb dringend angelegen sein lassen, uns in unserm schweren Kampfe nicht allein moralisch, sondern auch materiell zu unterstützen.

Geldsendungen sind zu richten an Ludwig Striechhorst, Wafenstraße 63, pr. Ahr. Max Vollmann.

Quittung über eingegangene auswärtige Gelder: R. Lorenz, Halle, gesammelt von Wenzel 1.80 Mk., P. Weigmann, Frankfurt a. O. 7.20 Mk., G. Malenz, Mauen 7.50 Mk., S. Budde, Varel 10 Mk., A. Uhrig, Osterheim 9 Mk., organisierte Sortierer in Dresden durch Robert Großert 10 Mk., Tabakarbeiter-Gewerkschaft Rheinfelden (Schweiz) 8 Mk., D. Brodke, Mühlhausen 6.60 Mk., von den Zigarettenarbeiterinnen der Firma Jofetti-Dresden durch Frau M. Jähnichen 58.05 Mk., P. Weste, Wolfenbüttel 2.70 Mk. Allen Gebern besten Dank.

### Berichte.

**Hamburg.** Badisches. In Nr. 45 dieses Blattes kritisiert ein Nordhäuser Kollege meinen über die Agitationsfrage in Baden in Nr. 40 veröffentlichten Artikel. Trotzdem er mir das Verständnis der dortigen Verhältnisse nicht absprenken will, erlaubt er sich, die von mir aufgeworfene Frage: Was soll denn der besoldete Agitator in Baden eigentlich tun, als sehr naiv hinzustellen. Komisch ist, daß mir ein ähnliches Vorkommnis schon einmal begegnete, aber nicht auf gewerkschaftlichem, sondern auf politischem Gebiete. Ich glaube, es ist interessant genug, um es den Lesern nicht vorzuenthalten.

Es war voriges Jahr, einige Wochen vor der Reichstagswahl. Ich war in einem badischen Dorfe mit Flugblätterausbringen beschäftigt. Nachdem sich dieses Geschäft zu meiner größten Zufriedenheit erledigt hatte, machte ich Raft in der Dorfchenke. Da ich als einer von der „roten Rotte“ nicht unbekannt war, so hatte ich gleich eine Menge Spieker um mich, die, wenn sie mich auch nicht befehlen, so doch unsere Ziele ins Lächerliche ziehen wollten. Einer unter diesen Klugen, anscheinend ein Dorfschulmeister, tat sich besonders hervor, indem er unter dem Beifall der andern Spieker erklärte, daß es keinen größeren Blödsinn gebe, als unser Endziel. Ich replizierte: Angenommen, ein in einer Großstadt wohnender Schuhmacher sei in einer dortigen Schuhfabrik beschäftigt. Trotz des fargen Lohnes hätte er während der Prosperitätsperiode einige Ersparnisse gemacht. Eine allgemeine Wirtschaftskrise brach herein, welche für ihn Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Trotzdem er beim Arbeitlosen durchaus nicht nachlässig war, konnte er, da die Krise allgemein war, nicht nur in seiner Branche, sondern auch anderweitig keine Arbeit finden. Seine Ersparnisse waren bald aufgezehrt. Das Elend stand vor der Türe, herborgreifen mußte, weil er seine Ware Arbeitskraft nicht verkaufen konnte, und seine Arbeitskraft konnte er doch nur deshalb nicht verkaufen, weil in der Krise zu viel Konsumartikel vorhanden waren. So mußte der Mann hungern, weil zu viel Lebensunterhaltungsmittel vorhanden waren. Und wie im einzelnen, so ist es auch im allgemeinen. Aber nicht nur bei einer wirtschaftlichen Depression, sondern immerwährend ist ein ganz beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft von der Produktion ausgeschlossen, nur daß bei einer Krise die Folgen dieser Erscheinung etwas krasser hervortreten, als während einer Prosperitätsperiode. Die kapitalistische Produktionsweise hat also zur Folge, daß es während der Dauer derselben immer Menschen gibt, die hungern müssen, weil zu viel Lebensmittel vorhanden sind. Als ich den Mann fragte, ob es noch einen größeren Blödsinn geben könne, antwortete er mit etwas verlegenem Tone: Diese Frage ist sehr naiv! Selbstverständlich blieb ich dem Spieker die Antwort auf seine Naivität ebenso wenig schuldig, wie auf diejenigen des Nordhäuser Kollegen. Ein badischer Kollege.

**Karlsruhe.** Am 20. November fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Bauer eröffnete sie mit dem Wunsch, daß sämtliche Versammlungen so besucht werden, ausgemessen unserer Mitgliederzahl könnte sie aber noch viel besser besucht sein. Die Säumigen müßten aufgerüttelt werden, daß sie in die Versammlung kommen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Agitation; 2. Kartellbericht; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt führte Kollege Wetterauer aus, daß wir in der letzten Zeit große Fortschritte zu verzeichnen haben, unsere Mitgliederzahl ist von 46 auf 100 gestiegen; diesen Erfolg haben wir der Hausagitation zuzuschreiben. Kollege Bauer gab bekannt, daß auch in Sallingen eine Zahlstelle gegründet wurde und betont, daß auch auf den Dörfern die Agitation betrieben werden müsse. Andre Kollegen sprachen sich im gleichen Sinne aus. Der Kartellbericht wurde von den Kollegen Rothacker und Bauer gegeben; von beiden wurde besonders die Statutenberatung in Betracht gezogen und stellten folgenden Änderungsantrag: „Jede Gewerkschaft hat als Höchstzahl 6 statt 10 Delegierte zu entsenden.“ Weiter wurde noch angeführt, daß am 18. Januar ein Rezitationsabend mit Herrn Walotte stattfand und daß jedes Mitglied denselben besuchen möchte, der Eintritt kostet bloß 20 Pfennig. Unter Verschiedenes wurde über die Kündigung der Frau Eifemann gesprochen und das Vorgehen des Werkmeyers genannter Fabrik kritisiert. Der Meister hat gleich wieder Arbeiter eingestellt; die Ausrede, die er gebrauchte, ist nicht stichhaltig. Die Mitglieder wurden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß ein solcher Fall nicht mehr vorkommt; wenn die Mitglieder in der Fabrik zusammenhalten und einig sind, könne so ein Fall nicht mehr vorkommen. Wir möchten noch an dieser Stelle auf unser Stützungsfest aufmerksam machen und wünschen, daß es vollzählig besucht wird. Karten im Vorverkauf sind zu haben bei Karl Durst, Kassierer, und bei sämtlichen männlichen Mitgliedern.

**Wurzen.** Am 19. d. Mts. tagte hier selbst eine Mitgliederversammlung, in welcher 11 anwesend waren. Der Bevollmächtigte legte die Abrechnung vom dritten Quartal vor, die für richtig befunden wurde. Zweiter Punkt der Tagesordnung war: Gründung einer Lokalkasse. Kollegen und Kolleginnen! Wie notwendig es sich hier am Orte macht, einen Lokalfonds zu gründen, werden wohl die Mitglieder von selbst einsehen. Es besteht hier selbst ein Gewerkschaftskartell, und jede Gewerkschaft ist verpflichtet, für die Erhaltung des Kartells beizutragen. In unserer Gewerkschaft sah es natürlich traurig aus, wenn es sich um Deckung der Kosten handelte. Die Versammlung beschloß deshalb die Gründung einer Lokalkasse und setzte folgende Beiträge fest: für männliche Mitglieder monatlich 10 Pfg., für weibliche 5 Pfg. Kollegen und Kolleginnen! Obwohl unsere Verbandsbeiträge keine niedrigen sind, so nehmen wir an, daß ein jedes Mitglied doch gern diese Beiträge leisten wird. Es war in früheren Zeiten üblich, daß der eine bezahlte und der andre nicht, das kann natürlich nicht mehr so fortgehen. Die Mitglieder waren gewissermaßen zügellos, sie sind es gar nicht mehr gewöhnt, sich nach den Statuten zu richten; in Versammlungen waren sie nicht zu sehen, somit fehlten sie sich über alles gleichgültig hinweg. Diesen gleichgültigen Kollegen möchte ich doch den § 1 des Statuts vor Augen führen, lest ihn durch und sagt, ob es nicht notwendig ist, unsere materielle und intellektuelle Lage zu heben. Das können wir nur, wenn wir in Versammlungen über unsere örtlichen Verhältnisse beraten und mit dem Gewerkschaftskartell verbunden bleiben, so daß, wenn irgend eine Angelegenheit im Orte ausbricht, wir auch auf die Hilfe der andern Gewerkschaften rechnen können. Ferner hat die Versammlung beschlossen, die Verhältnisse strikte durchzuführen, bei Widersetzungen werden wir dem Vorstand Meldung machen, der darüber entscheidet, ob der § 15 g Anwendung finden kann. Kollegen und Kolleginnen! Daß wir wollen es aber nicht kommen lassen. Wir haben es uns zur Pflicht gemacht, als organisierte Arbeiter zu kämpfen, mithin dürfen wir uns nicht zurückziehen, wenn es heißt, kleine Opfer zu bringen. Euch allen sei zugerufen: Auf zur Agitation für den Verband, damit unsere Reihen gestärkt werden! Erscheint auch vollzählig in den Versammlungen!

**Berichtigung.** In meinem in Nr. 46 des Tabakarbeiters enthaltenen Artikel, betitelt: Unter den Tabakarbeitern in Sachsen, gab ich die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter Frankensbergs in der Genossenschaftsfabrik als zwischen 9—15 Mk. wöchentlich schwankend an. Von der Tabakarbeitergenossenschaft Hamburg aufmerksam gemacht, stelle ich hierdurch fest, daß laut Angabe derselben den Arbeitern ihrer Filiale in Frankensberg im Jahre 1903 laut Lohnliste 18 Mk. für Roller und 10 Mk. für Widelmacher durchschnittliche Wochenlöhne gezahlt wurden. Hedwig Kiesel.

### Eingelandt.

Kollegen und Kolleginnen von Schönlanke! Trotz der ungünstigen Lage der Tabakarbeiter hiesigen Ortes gibt es doch noch viel Gleichgültige, die dem Verband fern stehen. Wie diese Gleichgültigkeit motiviert wird, ist beschämend, denn die Ausreden, welche man gewöhnt ist zu hören, sind vollständig hinfällig. Kollegen, Ihr seht, wie die Fabrikanten Schulter an Schulter, Mann für Mann die geringste Bewegung der Arbeiter zu dämpfen verstehen, durch schwarze Listen, gegenseitiges Verständigen, durch Versuche, jeden lästigen Arbeiter aus dem Orte zu schaffen, oder ihnen die Zunge zu binden, so daß sie gegen ihre Fesseln überhaupt nicht zu klagen wagen. Kollegen! Könnt Ihr das so gleichgültig noch länger mit ansehen, soll dieses so weiter gehen? Nein, tausendmal nein! Das soll, das muß anders werden! Eine Wandlung ist in dieser Beziehung nur zu schaffen, wenn wir diese Gleichgültigkeit ausrotten und alle, Mann für Mann, in den Verband eintreten. Nicht ein freundlicher Gruß und Händedruck kann uns helfen, nicht die materielle Unterstützung, welche Ihr augenblicklich leistet, kann uns vor weiteren Gefahren für unsre Existenz schützen, das einzige Mittel, das uns hilfreich zur Seite steht, ist der Verband. Fort mit allem persönlichen Zwiespalt, das gemeinsame Ziel ins Auge gefaßt — dann kommen wir vorwärts. Laßt diesen Mahnruf nicht ungehört an Eurem Ohr verhallen, bedenkt ein jeder, selbst der sich am sichersten wähnt, daß der geringste Konflikt mit dem Arbeitgeber ihn aufs Pflaster setzen kann. Und was dann? Arbeitslos! Schredliches Wort! Die guten Freunde und Bekannten ziehen sich nach und nach zurück; die Nebenarten gegen den Verband helfen nicht und die Nichtigkeit derselben wird Euch dann erst klar, aber zu spät. Arbeitslos, ohne Unterstützung irgend welcher Art, und zum Ueberfluß vielleicht noch Krankheitsfälle in der Familie, kann es schlimmeres geben? Kollegen und Kolleginnen, überlegt Euch die Sache reiflich, Ihr könnt Euch gegen diese schwere Sorge zum Teil schützen, Ihr könnt die größte Not, das bittere Elend abwenden, wenn Ihr Mann für Mann in den Verband eintretet. Wir werden dann auch mal daran denken, unsere Lage gründlich einer Verbesserung zu unterziehen, denn wahrhaftig Not tut es.

### Vereinstell.

#### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: **Hamburg-Ohlenhorst**, Mozartstr. 5, 1. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Delmühle 21. Eingegangen: Crimmitschau 75 Mk., Delmenhorst 300 Mk., Ottenen 200 Mk., Hedemünden 85 Mk., Dagersheim 50 Mk., Rehme 70 Mk., Eimsbüttel 200 Mk., Langenbielau 50 Mk., Woltersdorf 35.82 Mk., Wandsbek 200 Mk. — Sterbefälle: Langwedel 43.30 Mk., Delmenhorst 100 Mk., Hedemünden 15 Mk., Eimsbüttel 85 Mk. Zuschüsse: Halberstadt 100 Mk., Stuttgart 75 Mk., Rasth 25 Mk., Pölsig 60 Mk., Heidingsfeld 50 Mk. — Krankengeld: 61.67 Mk. Die 10.78 Mk. Goldberg in voriger Nummer gehören unter eingeliefert Sterbefälle. **Hamburg**, den 28. November 1904. **S. Otto.**

#### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Karl Reichmann**, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren. Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an **W. Nieder-Weland**, Bremen, Marktstraße 18, II. Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meister**, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

**Karl Kubisch** hat seine Angelegenheit bezüglich Woltersdorf bei Erntner geregelt und ist somit die Sache als erledigt anzusehen. Das auf den Namen **Paul Heibt** lautende Buch, Ser. I, 1490, ist zu konfiszieren und an uns einzusenden.

**Christ. Verleek** aus **Rotterdam**, Buch Ser. I, 4660, ist ohne Abmeldung von Duisburg abgereist. Derselbe darf keine Unterstützung erhalten und hat 1 Mk. Strafe zu zahlen. Um mehreren Anfragen zu genügen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem IV. Quartal 14 Sonnabende sind und folglich 14 Beiträge entrichtet werden müssen.

Das auf den Namen **Gust. Fink** lautende Buch, Ser. I, 9621, ist als gestohlen gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzusenden. Das auf den Namen **Max Günther** aus **Dresden** lautende Buch, Ser. I, 14602, ist zu konfiszieren und an uns einzusenden. **Bremen. Der Vorstand.**

Vom 28. bis 29. November 1904 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
22. November. Altona a. E. 500.—	28. Halberstadt . . . . . 50.—
24. Berlin . . . . . 500.—	28. Otte sen . . . . . 400.—
28. Riedorf . . . . . 30.—	28. Elgersweier . . . . . 70.—
28. Orlau . . . . . 100.—	28. Daffensdorf . . . . . 5.—
28. Weithain . . . . . 20.—	28. Stuttgart . . . . . 40.—
B. Freiwillige Beiträge:	
24. November. Herford, H. Heidemann . . . . .	6.10
C. Mitglieder, welche ihre Beiträge an die Hauptkasse einbezahlt haben:	
15. November u. 12. September. Neuenjars, Ser. I, 10707	7.—
22. November. Eckertsberoa, Ser. I, 4195 . . . . .	1.30
23. Bremen, Ser. I, 28204 . . . . .	3.15
24. Kleinhausen, J. G. . . . .	2.90
24. So. Büttel, Ser. I, 28266 . . . . .	3.30
25. Neraou, Ser. I, 28193 . . . . .	6.10
26. H. H. H., Ser. I, 28274 . . . . .	10.55
28. Plettenberg, Ser. I, 28234 . . . . .	2.25
28. Eiverode, Ser. I, 15692 . . . . .	8.15

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen. Ersuche die Herren Abänder, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. **Bremen**, den 29. November 1904. **W. Nieder-Weland**, Marktstraße 18, II. Kassierer.

### Wom Vorstande sind ernannt:

Für **Altona**: Fr. Göttermann als 1. Bev., Karl Goppert als 2. Bev., Otto Wünder als 3. Bev.; C. Weidig, M. Nielsen, P. Meinen als Kontrollenre. Für **Ilbehausen**: Ag. Uebe, Karl Grüne, Aug. Wolf als Kontrollenre. Für **Wöran**: Oswald Ehrentraut als Kontrollenre. Für **Landhofen**: Mich. Haller als 1. Bev., Jakob Müller III als 2. Bev., Karl Jakob Sudert als 3. Bev.; Peter Kühnle, Mich. Webler, Peter Hilbenbrand als Kontrollenre. Für **Fechenheim**: Georg Michael Schmitt als 2. Bev., Georg Schmitt als 3. Bev.

### Provisorisch aufgenommen sind:

Wilhelm Sted, Herm. Reim, Michael Hartwig, Paul Knüpfe, August Kersten, Bernhard Marlowski (sämtlich z. N.), Minna Marten, Theresie Schwintowski, Theresie Badke, Anna Ziebart, Juliana Patzun, Ida Guse, Theresie Marten aus Schönlanke, Anna Seng aus Wartenburg, Selma Spehr aus Peterwitz, Joseph Karowitz aus Eichstätt (z. N.), Agnes Müller aus Beschtow, Rosalie Jolite aus Posen. (808) Ph. Fütterer aus Redaritz, Th. Hoffmann aus Nordenau (z. N.). (161) Fr. Jof. Bonifer, Bernh. Busch aus Gr.-Steinheim. (132) Max Werner, Gust. Baumgärtner aus Steuthard. (339) Georg Michael Schmitt, Martin Reinhardt, Joh. Kettner, Joh. Daniel Ed, Phil. Edjein, Georg Kettner, Georg Schmitt aus Sedenheim. (329) Ph. Hirschbiel aus Dagersheim. (?) Anna Bieger aus Redaritz, Anna Biger aus Ruffloch, Engelbert Siefert aus Mühlhausen, Barbara Windisch, Martin Windisch aus Kirchheim, Ludwig Kübler, Helnr. Kraus aus St. Jigen, Eva Ruth, Jakobine Ziegler, Anna Rüttinger, Lisette Wehner, Anna Wehner aus Ostersheim. (263) Minna Sydewum aus Goslar a. S. (119) H. Busch aus Neuenhume. (22) Karl Pehle aus Derlinghausen, H. Bartling aus Süblengern. (141) Aug. Gilmer aus Holdenstedt. (56) Wilh. Harting aus Husum, Frau Harting geb. Leder aus Hannover (beide z. N.). (34) E. m. Koch aus Wöhrndrode, Helnr. Hartmann aus Minsleben, Wilhelmine Hartmann aus Hasserode, Frau Bührig, Auguste Weddin aus Bernierode. (365) Joh. Keller aus Redarhausen, Franziska Schweiß aus Labenburg. (200) Philipp Hirschbiel aus Dagersheim. (295) G. Gerold aus Zeulenroda, Karl Böttcher aus Entdorf, Rob. Winkler aus Greiz, Reinh. Franzel, Otto Schrapf, Otto Eisel, Otto Graf, Helnr. Schrapf, Otto Kihling aus Hohenleuben, Ernst Tiesch aus Trebnitz, Arno Königer aus Saalburg, Wilh. Tischendorf aus Glauchau, Elifabeth Pögel aus Leipzig, Martha Koch aus Kohna, Berta Liebshwager aus Pöbner, Ida Schneider aus Rudolstadt, Marg. Staube aus Leipzig, Pauline Jung aus Lobenstein, Paul Rudolf aus Scheubergsdorf, Helene Ullrich, Elsa Ullrich, Marie Harros aus Debschawitz, Martha Hänse aus Gera. (124) Katharina Schäfer aus Hohenleuben, Christine Uelshöffer aus Schweigingen, Stephan Döfeld, Otto Winter aus Oberberberheim, G. Peter Doss aus Plankstadt, Rosina Kieß geb. Rauchholz aus Ostersheim. (318) Theresia Roth aus Schuderwald. (256) Bernh. Braun, Karl Braun, Peter Braun aus Ilbesheim, Georg Gund, Jof. Sauer, Wilh. Seng aus Sedenheim. (329) Oskar Wende aus Jork. (196) Otto Behrends aus Halenstedt. (98) Wilh. Kobusch aus Schildesche, Gust. Schneider aus Oldenburg, Wilh. Dikmann aus Gut-Südrack. (28) Peter Koenen aus Roermond. (228) Karl Dellinger aus Redesheim, Jakob Engelhardt aus Hoffenheim. (430) Wilh. Lüders I, Wilh. Lüders II aus Ilbehausen. (170) Annette Gude aus Langensöls i. Söhl. (307) A. Fr. Wilh. Neubauer aus Altona. (90) Anna Kubu, Katharina Fiederer, Th. Schermer aus München, Margarete Deubel aus Mühlheim, Anna Kaiser aus Waldmünchen, Wadi Gramann aus Köschig, Theodor Gay aus Unterschleißheim, Marie Geringer aus Ingolstadt. (223) Karl Sorge aus Mägeln, Otto Müller aus Freibergsdorf, Mich. Spengler aus Warschau (z. N.), Mathilde Spengler aus Liptin (z. N.), Franziska Bartich aus Wöhrndrode. (77) Joh. Demand aus Lauterburg. (71) A. Jenner aus Geseil (z. N.). (11) Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

### Bremen. Der Vorstand.

**Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:** In **Duisburg**: Bei F. Bemelaar, Reudorfer Str. 125. In **Wernigerode**: Bei F. Salzwedel, Bodestr. 16, I. (nicht bei Harsel, wie im Adressen-Verzeichnis steht). In **Würzburg**: Durch August Weyer, Fabrikstr. 52, II. Von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

### Adressenänderung:

Für **Altenbruch**: Richard Franz. Für **Herzberg a. S.**: Ab. Kiesel, Sieberstr. 170. Für **Lüthzen**: Fritz Gabriell. Für **München**: Jof. Oberle, Barfstr. 16/0. Für **Mürnberg**: Leopold Reiser, Schweinauer Str. 46, IV. Für **Söllingen b. Durlach** (Baden): Ernst Wenz. Für **Würzburg**: Die Adresse unseres 1. Bevollmächtigten ist von jetzt ab: A. Weyer, Fabrikstr. 52, II.

### Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Eucere Versammlungen zahlreich!) In **Hohenleuben** (R. j. L.): Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaft. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten. 4. Verschiedenes. — Zu zahlreichem Besuch seitens der neuen Mitglieder, sowie sämtlicher Tabakarbeiter von Hohenleuben und Umgebend ladet ein **Die Forortskommission Gera.** In **Bassel**: Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn A. Riemenhneider, Schäfergasse 14. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **J. A. Der Bevollmächtigte.**

**Gr. Steinheim.** Das Aussenlassen von der Fabrik ist strengstens untersagt. Die zureisenden Mitglieder erhalten bei Jakob Daus von 12—1 Uhr mittags in allen Sachen Anstufst **J. A. Der Bevollmächtigte.**

**Hofod.** Alle von auswärts nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge an J. Selbiger, Laage Str. 36, I. zu liefern. **J. A. Der Bevollmächtigte.**

**Wanzen.** Das Aussenlassen von der Fabrik ist strengstens untersagt. Die zureisenden Mitglieder erhalten bei hier in Arbeit tretenden **J. A. Der Bevollmächtigte.**

### Briefkasten.

Zur Beachtung für Braunschwalde. Dem anonymen Einsender zur Nachricht, daß ohne Unterschrift keine Erwiderungen aufgenommen werden. **Bremen. Der Vorstand.**

**Falsche Qualitäten. Tadellos in Brand.**

# Rohtabake

in grösster Auswahl zu äusserst billigen Preisen.

## Albert Steen, Bremen

Filiale: Berlin N., Linienstr. 203/4, Ecke Rosentaler Str.  
Bitte Preisliste zu verlangen.  
Versand nur unter Nachnahme.

**Kein Preis. Keine Bedenken. Hummeri in Brand.**

# Telegramm!!

**Grosser Umsatz! Roh-Tabak. Kleiner Nutzen!**

Wiederum kaufte ich unter günstigsten Bedingungen aus erster Hand einige größere Partien Tabake und bin dadurch in der Lage, meiner ausgedehnten Kundschaft zu **taunend billigen Preisen** wirklich selten bagewiesene Angebote zu machen und gebe jedes gewünschte Probequantum, so lange der Vorrat reicht, ab.

**26 Seronen Havanna**, große, reelle, blattige, leichte wollige Einlage, tadellos in Brand und Qualität, 85 Pfg.

**14 Ballen St. Felix-Decken (Patent Fino)**, vorzügliche Deckkraft u. Qualität, feine braune Farben, zart u. breitblättrig, garantiert schneeweißer Brand, daher besonders zu empfehlen, 150 Pfg.

**6 Ballen St. Felix-Decken und Umblatt**, tadellos in Brand und Geschmack, 110 und 120 Pfg.

**8 Ballen St. Felix-Umblatt und Einlage**, feine, leichte, blattige Gewächse, tadellos in Brand und Qualität, 90, 95 und 100 Pfg.

**18 Kisten Seedleaf-Umblatt**, groß und breitblättrig, enorm leicht im Gewicht, tadellos am Blatt brennend, 90 Pfg.

**8 Ballen Sumatra-Decken**, 2. Länge Vollblatt, ganz dunkle Farben, schneeweißer Brand, 170 Pfg.

**8 Ballen Java-Decken und Umblatt**, 1. Länge, hellbraune Farben, zartes, wolliges Blatt, schneeweißer Brand, 110 Pfg.

**6 Ballen Sumatra-Umblatt**, 3. Länge Vollblatt, enorm vorteilhaft, flott im Brand, 95 Pfg.

**3000 Pfund Carmen-Umblatt**, leicht u. tadellos im Brand, 75 Pfg.

Außerdem empfehle noch **Sumatra-Decken** in allen Farben und Längen, von 110—350 Pfg.; **Java- und Vorstenland-Decken** 140, 150, 180, 200 Pfg.; **Mexiko-Decken** 200 Pfg.; **Java-Umblatt** 90, 85 Pfg.; **Domingo-Umblatt** 85, 90, 100 Pfg.; **Carmen-Umblatt** 75, 80, 90, 100 Pfg.; **Loggut**, extrafeine Mischung bester Original-Tabake, meist Umblatt, 75 Pfg.; **Wickelformen**, gerabe Fassons, 20—50 Pfg.; **Zigarrenband**, Halbseide, pro Rolle 75 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

**J. H. Koopmann, Bremen**  
Fernsprecher 3946. Neustadtwall 36. Fernsprecher 3946.

# !Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

## L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

# Hans Wittig

Bremen 2. & Bremen 2.

Empfehle zu billigsten Preisen:

**Sumatra, Decker**, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 210, 225, 250, 260, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Java, Decker**, 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — **Java, Umblatt**, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt und Einlage**, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker**, 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker**, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage**, 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 80, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 85, 90, 100 Pfg. — **Loggut**, gemischte Original-Tabake, 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle deutsche Tabake, prima Ware.  
Elsässer Rebut 80 und 85 Pfg.

Preise per 1/2 kg verzollt. — Versand unter Nachnahme.  
Kredit nach Uebereinkunft.

# Roh-Tabak!

Empfehle besonders preiswert, verzollt, fracht- und portofrei:

Sumatra . . . per Pfd. 1.10—5.00	Yara-Cuba . . . per Pfd. 1.30—3.00
Borneo . . . " " 1.10—4.00	St. Fel.-Bras. . . " 0.85—2.40
Java . . . " " 1.00—3.00	do. geschnitten . . . " 0.90—1.10
Havanna . . . " " 1.30—7.00	Seedleaf . . . " 0.90—1.40
Mexiko . . . " " 1.00—4.00	Domingo . . . " 0.80—1.30
Bibundi . . . " " 1.40—1.50	Carmen . . . " 0.90—1.50

Versende von 9 Pfd. an nur unter Nachnahme und nehme nicht konvenierende Tabake anstandslos zurück.

**Adolph Hinsch**  
Altona bei Hamburg, Reichenstrasse 18.

# Glas-Christbaumschmuck

aus erster Hand, reichsortiertes Sortiment I gegen Einzahlung **Mk. 5** (Nachnahme 5.80), enthält 315 Stück bessere Sachen: acht versilberte Atlas- u. Panorama-Kugeln, leuchtende Glöckchen, Früchte, Schneeballen, japanische Lampe, Leuchtblume, große Baumspitze mit Silberhelm usw. — Sortiment II 124 Stück grössere Sachen zum selben Preis. Beiden Sortimenten füge gratis eine hervorragende Neuheit: Fruchtvasen, 20 cm hoch, mit Blumenbukett, 1 Engel und 2 Paket Lametta bei. — Sortiment III **Mk. 4**, Nachnahme 4.30, enthält 276 Stück meist oben angegebene Sachen, wird auf Wunsch auch geteilt.

Für Händler Sortimente von 8 Mk. und höher.

**Max Heumann, Lauscha, S.-M., Nr. 100.**

Berücksichtigen Sie dies ausnahmsweise billige Angebot!

# Sumatra-Loggut zu Deckblatt

nur feine weißbrennende Marken, gebe freibleibend das Pfund für **110 Pfg.**, netto 9 Pfd. frei geg. Nachn. für **10 Mk.**, überhaupt **Rohtabak billigst.**

**J. G. EINERT**  
Braunschweig.

# Sehr zu beachten!

Sämtliche Sorten **Rohtabak billigst.**

Man lasse sich mein Preis-Verzeichnis umsonst kommen.

## Ausnahme-Offerte.

Unübertrefflich preiswert.

Zwei gänzlich tabellose Partien

# Sumatra-Decker.

Zweite Längen  
pro Pfund verzollt **130 Pfg.**  
schönste Mittelfarben  
pro Pfund verzollt **170 Pfg.**  
schöne helle Farben.

Brillanter Brand! Sehr deckfähig!  
Nur gegen Nachnahme.

**H. Hermann Brüns, Bremen.**

# M. Michelsen & Co.

Hamburg 6.

# Rohtabake.

Wir empfehlen als besonders preiswert (Preise per Pfund verzollt):

**Brasil**, hervorragende Qualität, 1.00 bis 1.50 Mk.

**Sumatra**, tadellos in Brand, vorzüglich bedend, 1.10, 1.15, 1.20, 1.30—2.80 Mk.

**Seedleaf**, Ia. Qualität, 1.00, 1.20 Mk.

**Yara-Cuba** } von 1.20—2.50 Mk.  
u. **Havanna** }

**Loggut** (gesund) 0.80 Mk.

Versand nur unter Nachnahme. — Nicht-gefallendes nehmen anstandslos zurück.

# Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 125, 135, 160, 200, 210, 240, 250, 275, 300, 350, 400, 500 g.

Sumatra-Umblatt 115, 125, 130 g.

Vorstenland-Decke 145, 175 g. schwarzgrau

Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 g.

Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 g.

Carmen, Domingo, Seedleaf 75, 85, 95, 110 g.

Cuba 90, 100, 300 g. — Havanna 135 g.

Mexiko-Decke 185, 375, 450 g.

Pa. Loggut 80 g, Paraguay 85 g.

Inländische Tabake 65, 70, 75, 80 g.

Preise ausgewogen m. 3% Cassa-Sconto.  
Kredit nach Uebereinkunft.

**S. Hammerstein Filiale**  
Vertreter: Gustav Boy  
Berlin N., Brunnenstr. 183.

# Pfälzer Rohtabak!

billig, hottbrennend u. ff. in Qual.

Ia. Umblatt . . . 64—68

Ia. Umbl. m. Einl. . . 62—66

Ia. entrippte Einl. . . 85

geschn. Blatteinl. . . 56

Sumatra-Deck. . . 1.40—3.35

9 Pfd.-Proben unter Nachnahme.

**Otto Steiner, Helmsheim**  
bei Bruchsal. Baden.

# Roh-Tabak-Lager.

Kaufte **25 P. Sumatra-Decke**, 3. Länge Vollblatt, mittelfarbig, tadellosen Brand, per Pfd. **1.30**, 9 Pfd. **11.25 Mk.**

Verlangen Sie Preisliste!

Große Auswahl. Billige Preise.

**Aug. Kräusel, Hamburg, Steindamm 101.**  
Verlauf gegen Nachnahme.

# Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.  
Gegründet 1879.

## Spezial-Offerte:

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster:

**Sumatra-Decke**, Vollblatt, hellbraun, schöner Brand. . . 150 g

do. ganz hell, reinfarbig . . . 300 g

Java, Umblatt mit Einlage. . . 95 g

Uckermärker, beste Qualität, groß, sehr blattig . . . 60, 65, 70 g

**! Direkter Einkauf !**  
**eigene Bearbeitung !**  
daher größte Leistungsfähigkeit!  
Sämtl. Fabrikations-Utensilien.

Ill. Preisverzeichnis gratis u. franko

# Rohtabak!

**Carl Roland, Berlin SO.**  
Rottbuser Straße 3a  
empfiehlt

# Sumatra

feine mittelbraune Farben, schneeweißer, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1/2 Pfund  
per Pfund nur **Mk. 2.80.**

Jeder überzeuge sich davon.

# Carl Rother & Rode

# Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummeri 26.

## Spezialität: ff. Sumatras.

Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Streng solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3% Sconto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

Neu u. gebr. Wickelformen.

Grus und Spitzen.

# Roh-Tabak. Roh-Tabak.

Sumatra Pfd. . . 1.00, 1.10—5.00	Seedleaf Pfd. . . 0.90, 1.00—1.30
Borneo " " . . 1.10, 1.30—6.00	Domingo Pfd. . . 0.90, 1.00—1.30
Java " " . . 0.90, 1.00—3.50	Feinschnitt für Cigarillo-
St.-Fel.-Bras. Pfd. . . 0.90—2.50	fabrikation . . . Pfd. . . 1.—
do. geschnitten . . 0.80—1.00	rein Havanna . . . " . . 1.40
Havanna Pfd. . . 1.40, 1.60—7.00	Loggut (Aufarbeiter) " . . 0.85
Yara-Cuba Pfd. . . 1.00—3.20	Havanna-Grus " . . 1.00

# Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.  
Filiale: Berlin NO., Keibelstrasse Nr. 34.

# Rohtabakhandlung

# Scheunig & Co.

Bankstrasse 12 Dresden-A. Nähe Georgsplatz

empfeilt neben Engros noch

## Detail-Verkauf

von

# Sumatras, Javas

# Brasils, Carmen u. m.

in billigsten Preislagen.

En gros. **Rohtabak** En détail.

# F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!  
Preisliste gratis und franko.

# Brinkmeier & Co., Bremen.

# Roh-Tabak

Gelegenheitskauf.

Hochfeine Partie

# Vorstenlanden-Decker

I Vollblattlänge — Qualitätstabak

verzollt nur **160 Pfg.** per Pfund.

Man verlange Preisliste Nr. 13 gratis u. franko.

Spez.: Sumatra-Decken. Spez.: Sumatra-Decken.

# Kautabak.

Tabakfabrik beabsichtigt die Kautabakfabrikation aufzunehmen und sucht hierzu einen durchaus selbständigen und mit der Fabrikation vollständig vertrauten

# Spinner.

Nur solche, welche nachweislich mehrjährige Erfahrung auf diesem Gebiete haben, finden Berücksichtigung. Bei entsprechenden Leistungen dauernde Stellung.

Offerten nebst Gehaltsansprüchen unter **W. K.** an die Exped. d. Bl.

# Rohtabak.

# Decke Nr. 5230

rötlich hell, reinfarbig

**1. Länge Vollblatt**  
unter 1/2 Pfd. bedend

**à Mk. 2.00 verzollt.**

Kredit nach Uebereinkunft.  
Größtes Lager in Wickelformen.

**W. Hermann Müller**  
Berlin O.  
Magazinstrasse 14.

**3000 gebr. Formen**  
in 50 modernen Fassons.

**J. A. Jentsch & Co., Hamburg 4.**

# Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. **2.50** (30 Flaschen Mk. **7.—**, toitenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

## Codes-Anzeigen.

Am Freitag, den 25. November, starb unser langjähriges Mitglied, der Zigarrenfabrikant **Johann N. Gruhl** in Gunden.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle in Heide

Nach langer schwerer Krankheit starb hier der Zigarrenmacher **W. Böing** aus **Emmerich**. Er war Mitglied der Zigarrenmacher-Union aus Neu-Süd-Wales sowie auch des internationalen Sozialistenklubs in Sydney.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Sydney, September 1904.

Die deutschen Mitglieder beid. Vereine

## Der Weg nach vorwärts.

Wenn in einem Gesellschaftszustand die Dinge sich einmal so weit entwickelten, daß ein großer Teil der Beteiligten und Interessierten von Unzufriedenheit und Mißstimmung gegen das Bestehende und von Sehnsucht nach besseren Zuständen erfüllt ist, so wird der alte Zustand sich auf die Dauer nicht halten können, was auch immer für Mittel und Praktiken in Anwendung kommen, ihn zu erhalten und zu stützen. Mag die Sehnsucht der Masse nach Veränderung des Bestehenden, nach Umgestaltung ihrer Lage zunächst nur eine Sache des Gefühls sein, das aber in dem tatsächlichen Zustand der Verhältnisse seine Begründung und seine Berechtigung findet. Mag diese Masse sich über den Weg wie über die Mittel, durch die ihr geholfen werden könnte, noch so unklar sein, der Moment kommt, wo sie mit elementarer Macht, instinktiv stets richtig, nach dem bestimmten Ziele drängt und die bewußten und wissenden Geister zwingt, sich zu ihrem Organ, zu ihrem Mundstück und zu ihren Werkzeugen aufzuwerfen, um die Bewegung zum richtigen und nach Lage der Verhältnisse möglichen Ziele zu leiten.

Jeder großen Umgestaltung in der Gesellschaft geht zunächst eine Periode der Gärung voraus, die, je nach dem Stande der allgemeinen Bildung und Kultur, nach dem Gewicht der beteiligten Klassen und nach der Kraft und der Macht widerstrebender Gewalten, bald längere, bald kürzere Zeit dauert, ehe die Bewegung zum Ausbruch kommt und ihr Ziel in irgend einer Form, das wieder von dem mathematischen Kraftverhältnis der gegeneinander wirkenden Faktoren abhängt, erreicht. Geht eine Bewegung über ihr Ziel hinaus, d. h. erreicht sie mehr, als sie, in sich selbst zur Ruhe gekommen, im Interesse der nun in der Macht befindlichen Gewalten, die nimmehr den Schwerpunkt bilden, um den alles gravitiert, erreichen soll und setzen wir hinzu, erreichen darf, so folgen die Rückschläge, mit andern Worten, eine ihrem inneren Wesen nach selbst wieder auf die Klassenherrschaft abzielende Bewegung darf nicht weiter gehen, als sie die Unterstützung der maßgebenden Interessierten findet.

Scheinbar ist bis jetzt jeder Revolution eine Reaktion gefolgt, in Wahrheit wurde die Bewegung stets auf ihren natürlichen Schwerpunkt und Ruhepunkt zurückgeführt, weil sie darüber hinausging. Dieser Zustand ist aber stets, auch wenn er durch die weiter vorwärts drängenden Elemente gerichtete gewaltsame Reaktion herbeigeführt wurde, dem Zustande, der vor der Bewegung bestand, weit voraus. Man hört z. B. so häufig die Bemerkung machen, daß die bürgerliche Revolution der Jahre 1848 und 1849 in Deutschland an der Macht der Reaktion gescheitert sei. Das ist einfach nicht wahr. Die Bewegung hat erreicht, was sie nach ihrem wahren inneren Gehalt erreichen konnte. Revolution und Reaktion rangen so lange miteinander, bis sie auf dem Punkt ankamen, auf dem sie sich zu verständigen vermochten. Die Grenze war, wo die Lebensfähigkeit des Alten aufhörte und die Lebensmacht des Neuen begann. Von vornherein war ein großer Teil der anfangs revolutionären Kräfte, die das behäbige Bürgertum umfaßten, entschlossen, über eine gewisse Grenze nicht hinauszugehen. An diesem Punkte angekommen, trennten sich die Kräfte von den weiter drängenden Elementen. Dadurch verlor die Bewegung einen Teil ihrer Kraft, sie war ohnmächtig, weiter zu gehen. Und wie immer nach 1849 die Reaktion in Deutschland hauste, das, was tatsächlich jetzt bestand, ging weit über das hinaus, was vor 1849 bestanden hatte. Die neuen Ideen hätten trotz alledem gesiegt, und alles, was seitdem in Deutschland geschah, ist nur durch diesen Sieg im „tollen Jahr“ geworden.

In der bürgerlichen Welt sind nur bürgerlich handelnde Menschen denkbar, der einzelne steht zum Ganzen in der Rolle eines Zahnchens an einem ungeheuren Treibriem, dessen viele Duzende von Rädern mit ihren Zähnen und

in gefeßmäßiger Ordnung ineinandergreifen. Die Wirkung des einzelnen liegt in der Wirkung auf das Ganze und umgekehrt in der Wirkung des Ganzen auf den einzelnen. Beides ergänzt, beides bedingt sich.

Wer als einzelner dem Ganzen widerstrebt, seinen Sonderweg glaubt gehen zu können; wer meint, den sozialen Mechanismus, in dem alle gebannt sind, wirklich durchbrechen zu können, wer wähnt, sein besonderes soziales Spielrecht begründen zu können, der wird, durch die harten Tatsachen rasch eines andern belehrt, seine Ohnmacht und Unfähigkeit einsehen.

Der große Fortschritt unsres Zeitalters ist, daß die Utopisten ausgestorben oder im Aussterben begriffen sind. In der Masse finden sie niemals Boden, sie finden ihn heute weniger als je. Auch der einfachste Arbeiter fühlt, daß sich künstlich nichts schaffen läßt, daß das, was werden soll, sich entwickeln muß und zwar mit dem Ganzen durch das Ganze, nicht getrennt und isoliert von ihm.

Es handelt sich darum, der Entwicklung freie Bahn zu schaffen, alles Alte, Abgestorbene zu beseitigen, dem Absterbenden das Ende zu erleichtern, und diesem Zweck die kritische Sonde überall einzutreiben, wo Uebelstände sich zeigen. Indem man die Kritik anwendet, muß man den Ursachen nachspüren, die die Uebel erzeugten. Aus der Erkenntnis der Ursachen ergeben sich die Heilmittel von selbst. (Aus Bebel's Werk: Charles Fourier.)

## Beschäftigungsgrad im Tabakgewerbe.

Im dritten Quartal des laufenden Jahres war der Beschäftigungsgrad im Tabakgewerbe im allgemeinen wesentlich besser als im Vorjahre. Die Besserung geht nicht nur daraus hervor, daß die Zahl der Beschäftigten wieder gestiegen ist, sie läßt sich auch an der Bewegung der Tabakverföhrung erkennen. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres betrug die Einfuhr von Tabak abzüglich der Ausfuhr 472 269 Doppelzentner und hat damit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren, wie sie kein früheres Jahr seit 1900 im Vergleich zum unmittelbar vorhergegangenen Jahre aufzuweisen hat. Das Jahr 1902 zeigte sogar eine Abnahme gegen 1901, die Zunahme von 1902 auf 1903 betrug nur 9400, dagegen die Steigerung in diesem Jahre über 23 000 Doppelzentner. Ganz besonders günstig war die Zufuhr von ausländischem Tabak im zweiten Quartale des laufenden Jahres, was deutlich darauf hinweist, daß die Fabriken wieder mehr Material verarbeiten konnten. Im Vergleich mit den Vorjahren betrug die Einfuhr von Tabak (abzüglich der Ausfuhr) in Doppelzentnern:

	1902	1903	1904
I. Quartal	147 979	151 089	161 665
II. "	142 880	142 791	152 008
III. "	149 861	154 819	158 696

Wenn trotz der Besserung der Beschäftigung noch vielfach über starke Konkurrenz und ungünstige Gestaltung der Ausfuhr geklagt wird, so werden auch diese Klagen durch die Ziffern der Handelsstatistik bestätigt. Der steigende Import von Zigaretten illustriert deutlich die wachsende Beliebtheit der Zigarette beim rauchenden Publikum. Fehlt doch nicht viel daran, daß die Zigaretten-Einfuhr sich in wenigen Jahren verdoppelt hat. Die Mehreinfuhr betrug nämlich in Doppelzentnern während der ersten drei Quartale:

	1900	1901	1902	1903	1904
	2380	2558	2911	3279	4133

Im Vergleich zu 1903 sind etwa 90 Millionen Stück, im Vergleich zu 1900 etwa 200 Millionen Stück Zigaretten mehr eingeführt worden. Dazu kommt, daß auch die Zigarettenfabrikation in Deutschland selbst seit 1897 sich sehr vergrößert hat, in welchem Jahre die Erzeugung auf ca. 1100 Millionen Stück geschätzt wurde. Tritt so die Ausdehnung des Zigarettenrauchens einer Erweiterung des Zigarettenabfahes im Inlande entgegen, so wirkt auch die

Gestaltung des Exports keineswegs stimulierend auf die Beschäftigung ein. Zwar nimmt die Ausfuhr im laufenden Jahr wieder etwas zu, aber sie ist immer noch geringer als in den Jahren 1900 und 1901. Es betrug nämlich während der ersten drei Quartale der Export von Zigaretten in Doppelzentnern:

	1900	1901	1902	1903	1904
	3540	3284	2925	2724	3055

In Abnahme begriffen ist die Ausfuhr namentlich nach Großbritannien, nach Südafrika und Australien. Umgekehrt steigt die Einfuhr, die fast durchweg in teuren Sorten besteht. Für die Gestaltung des Geschäfts während der nächsten Monate von großer Bedeutung ist die Höhe des diesjährigen Weihnachtsabfahes, von der es abhängt, ob und wie lange der gegenwärtig relativ befriedigende Beschäftigungsgrad andauern wird. (N. Bad. Landes.)

## Gewerkschaftliches.

**Apolda.** Ueber die hiesige Fabrik von Karl Trabisch ist die Sperre verhängt, da sämtliche oraanisierte Kollegen gemäßigert sind, Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Bevollmächtigte.

**Barnstorf.** Die Differenzen sind als erledigt zu betrachten. Durch das unkorrekte Vorgehen der Kollegen, sogar eines Teils der Beteiligten selbst, ist die Sache zumungunsten der Arbeiter beendet.

Bremen.

Der Vorstand.

**Vielefeld.** Das Anfragen um Arbeit ist zu unterlassen, indem nur der 1. Bevollmächtigte Arbeit vermittelt.

**Bredereiche (Kreis Templin).** Bei der Firma Maas hier selbst bestehen Lohnunterschiede. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Birbaum.** Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Carl Mathei Differenzen bestehen.

**Frankfurt a. M.** Die Kollegen werden ersucht, nur bei dem Bevollmächtigten um Arbeit nachzufragen, indem sie hier alles auf Arbeit bezügliche erfahren können. Bei der Firma Schleucher, Bergstraße 118, bestehen Differenzen infolge unrechtmäßiger Entlassungen.

**Freiberg.** Der Zugang nach Freiberg ist streng zu vermeiden, da über die Firma A. Collenbusch die Sperre verhängt worden ist.

**Gmund.** Den Kollegen zur Nachricht, daß das Kufenlassen von der Fabrik verboten ist.

**Halberstadt.** Der Zugang ist fernzuhalten, da alle Tabakarbeiter ausgesperrt sind.

**Kottbus.** Zugang ist wegen Lohnunterschieden streng fernzuhalten. Umschauen ist untersagt, etwa vorhandene Arbeit wird vom 1. Bevollmächtigten W. Vogel, Weinbergstr. 5, nachgewiesen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Landsberg.** Diejenigen Kollegen, die in Landsberg a. W. in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in eigenem Interesse an den zweiten Bevollmächtigten Karl Krüger, Rosenstraße 6, wenden.

**Lippstadt.** Ueber die Firma Fuchs u. Deventer, Lippstadt, ist die Sperre verhängt. Die Arbeiter genannter Firma sind in den Streik getreten.

**Oederan.** Zugang nach hier ist fernzuhalten, indem die Firma Collenbusch, welche in Freiberg Maßregelungen vornahm, hier eine Filiale hat. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Ostfeld.** Bei der Firma C. Krostewitz bestehen Differenzen Der Zugang ist fernzuhalten.

**Schluske.** Da bei der Firma S. M. Eppenstein u. Söhne sämtliche Arbeiter in Ausstand getreten sind, wird gebeten, den Zugang streng fernzuhalten.

**Spremberg.** Die Lohnunterschieden bei der Zigarettenfirma Wilhelm Rothnick u. Co. sind zugunsten der Arbeiter erledigt und somit ist der Zugang wieder frei.

**Templin.** Ueber die Firma C. Stemmwebel ist die Sperre verhängt; vor Zugang wird gewarnt.

## Der Frondienst als Arbeitssystem

Die Frondienste, die sich bis in die neueste Zeit erhalten haben und zum Teil erst durch die sogenannte Bauernbefreiung und die Umwälzungen des Jahres 1848 beseitigt worden sind, gehen in ihren Anfängen bis auf die frühere germanische Zeit zurück. Sie bilden ein für das Mittelalter charakteristisches Arbeitssystem und sind der Ausdruck einer wirtschaftlichen Abhängigkeit, in der der größte Teil der ländlichen Bevölkerung viele Jahrhunderte hindurch gestanden hat. Man hat lange Zeit die Verpflichtung der Bauern zu Spann- und Handdiensten und andern als Fronden bezeichneten Leistungen auf den Herrenhöfen für die Folgen einer ursprünglichen Leibeigenschaft und Sklaverei gehalten, aber bei einer eingehenderen Betrachtung der Quellen, wie sie uns in den Weistümern, den Aufzeichnungen von gerichtlichen Entscheidungen und bestehendem Recht zu Gebote stehen, ergibt sich, wenigstens für West- und Süddeutschland, eine entgegengesetzte Entwicklung, eine Entwicklung von Freiheit zu Abhängigkeit. Aus zwei Wurzeln sind die Frondienste hervorgegangen, aus uralten genossenschaftlichen Pflichten, wie sie allen Mitgliedern der germanischen Markgenossenschaften oblagen, und grundherrlichen Leistungen, die mit dem Aufkommen der Grundherrschaften entstanden.

Die Trägerin der obersten Gewalt waren bei den alten Völkern die Volksversammlungen gewesen, ihnen kam die Wahrung des Friedens und des Schutzes gegen Eingriffe von außen zu. Wo diese oberste Gewalt auf einen König überging, da wurden auch die Leistungen für das Volk zu solchen für den König. Zu ihnen gehörten solche, welche nicht unmittelbar die Heerfolge und Könige betrafen, Sicherungsdienste, Botendienste, Instandhaltung von Brücken und Wegen, Stellung von Pferden und Wagen. Aber auch innerhalb der Markgenossenschaft, der mittelalterlichen Gemeinde, nahm das Prinzip der Mitarbeit der Genossen für gemeinsame Zwecke eine bedeutungsvolle Stelle ein. Der Schutz gegen Waldverbrechen, die öffentliche Sicherheit, der Dorffriede verlangten feste Hilfs-

bereitschaft der Nachbarn. Brach bei einem Feuer aus, so mußten alle Mann beistehen, wenn nicht das ganze Dorf in Gefahr kommen sollte. Zur Ausbesserung von Wällen an reißenden Flüssen, zur Verhütung von Schäden durch niedergehende Schnee- und Erdmassen in den Tälern der Hochgebirge sind alle Einwohner verpflichtet. Es waren immer Arbeiten, von deren Ausführung das Wohl und Wehe der ganzen Gemeinde abhing. Nur die hatten sie zu leisten, die von ihnen Nutzen hatten. Gab es in einem Dorfe Handwerker oder Tagelöhner, die kein eigenes Feld oder Haus besaßen, da wurden ihnen auch keine Fronden zugemutet, an denen sie kein Interesse hatten, eine Scheidung, die heute noch in einigen Gemeinden der Schweiz vorhanden ist.

Später als diese genossenschaftlichen Fronden sind die grundherrlichen entstanden. Seit dem 6. Jahrhundert entwickelten sich die Grundherrschaften, vielfach in der Hand von Kirchen und Klöstern, und mit ihnen zugleich fand die eigentliche Fronhofswirtschaft Eingang. Von dem Herrenhofe aus wurde nur der nächstgelegene Teil der Herrschaft, das Salland, unmittelbar bewirtschaftet, die verstreut und weiter entfernt liegenden Stüde wurden an Dorfgenoßen verliehen, die dafür ihre Arbeitskraft für bestimmte Zeiten dem Hofe zur Verfügung stellten. Ursprünglich aber waren die mit diesem Verhältnis verbundenen Dienste nicht solche, auf die der Herr von Rechts wegen Anspruch hatte, sie trugen vielmehr anfänglich ebenfalls den Charakter von freiwilligen Hilfeleistungen, die man wie bei den genossenschaftlichen, für einen einzelnen gemährte.

Die Sitte der gegenseitigen Unterstützung, wenn einer allein eine unternommene Arbeit nicht zu schaffen vermag, ist heute noch weit verbreitet. In noch ausgeprägterem Maße war das bei den alten Deutschen der Fall. Wo Freie und Unfreie in gleicher Weise in der Wirtschaft tätig waren, da konnte der Herr in Zeiten dringender Arbeit, während der Ernte, in erster Linie Hilfe von den auf seinem Grund und Boden angesiedelten Sinterassen erwarten. Er durfte sie aber nur zu Augenarbeiten, zu Arbeiten auf dem Felde, verwenden, wie ihm solche auch von gleichgestellten Nachbarn geleistet werden konnten. Erst seit dem 12. Jahrhundert begann der Unterschied in den Arbeiten, die nur das unfreie Gefinde zu verrichten hatte, zu schwinden. Daß der Fronhof bis in das 15. Jahrhundert hinein den Fröneren nicht als die „gestrenge Herrschaft“ erschien, sondern

als der Wirt und Gastfreund, dem sie geholfen, beweisen die zahlreichen und mannigfaltigen in den Weistümern enthaltenen Verpflichtungen, welche die Höfe gegenüber den Frönern zu erfüllen hatten. Der Fronhof mußte während der Arbeitszeiten die ganze Verpflegung liefern. Mit großer Ausführlichkeit werden in den Weistümern die Bestandteile der zu reichenden Mahlzeiten aufgeführt, und diese waren nicht kärglich bemessen. Hatte der Fröner einen halben Tag zu arbeiten, so bekam er etwas zu essen mit nach Hause, in der Regel ein Brot, das, wie es in der drastischen Ausdrucksweise des Mittelalters heißt, in einem Falle so groß sein mußte, daß es der Schöffe nicht durch den eingestemmen Arm bringen konnte, oder das vom Fuß bis ans Knie hinaufreichte, oder so groß wie ein Pflugrad war. Bei ganztägigem Fronen durfte der Arbeiter nach dem Mittagessen einen Mittagschlaf halten. Wo Frauen zur Fron herangezogen wurden, da fiel der Herrschaft auch die Verpflegung ihrer Kinder zur Last. Nicht selten enbigten die Frontage mit einem Trintgelage oder einem Tanze.

Alle diese Reichtümer, die von den Höfen oft gern abgelöst worden wären, aber von den Frönern meist zähe festgehalten wurden, beweisen, daß die Frondienste in der Hauptsache ursprünglich eine Art „Bittarbeit“ gewesen sind, wie sie heute noch bei vielen Völkern erhalten ist, wo der Hausherr einladet zur Bewältigung einer schweren Arbeit und dafür die Geladenen bewilligt. Aber sehr bald büßten sie diesen Charakter der Freiwilligkeit ein, die Verpflichtung zu Frondiensten auf Herrenland wurde zeitig zu einer Reallast der ausgetanen Bauerngüter. Ebenso wurden viele der öffentlichen Leistungen in Zwangsleistungen zugunsten der Grundherren übergeführt. Zu allen Zeiten haben ja Beamte öffentliche Dienste zu ihren Zwecken auszunutzen gesucht. Als Gerichtsherren, als Obereigentümer der Marken beanspruchten sie genossenschaftliche Dienste als Entgelt für die Nutzung der „nunmehr grundherrlichen Markt“. Nur aus „Gnade des Herrn“ durften die Bauern nutzen, was ihnen von selbst zufließt, was ihnen von Rechts wegen überhaupt nicht versagt werden konnte. Das Bewußtsein von dem richtigen Stand der Rechtsansprüche hat sich immer erhalten, und in dem Jahre 1848 sind in den süddeutschen Staaten gerade von diesen Fronden eine ganze Reihe ohne Entschädigung an die Grundherren gefallen.

\* Siehe d. Der Frondienst als Arbeitssystem. Seine Entstehung und Ausbreitung im Mittelalter. Tübingen, Laupp'sche Buchhandlung, 1904. Ergänzungsheft XIII. der Zeitschr. f. d. allg. Staatswissenschaft.

**Achtung!** Die Aussperre bei der Firma Imperial Tobacco Company in London ist zugunsten der Arbeiter beendet.  
**Joh. Herm. Junge, Vertrauensmann,**  
 Bremen, St. Jürgenstr. 53.

Die Errichtung einer Pensionskasse für die Angestellten des Konsumvereins Vorwärts in Dresden wurde von der Generalversammlung des Vereins abgelehnt. Das ist um so merkwürdiger, als der Verein bisher schon 20 000 Mk. in vier Jahresraten zu einem Personal-Unterstützungsfonds zurückgestellt hat, über dessen Verwendung bis jetzt aber noch nichts bestimmt ist. Unter Berufung auf diesen Fonds hatte der Aufsichtsrat des Vereins eine Vorlage für eine Pensionskasse ausgearbeitet, die dem Verein eine Neubelastung mit 1700 Mk. jährlich brachte, für den großen Verein eine ganz unbedeutende Summe. Die Ablehnung der Vorlage erfolgte unter den in der Debatte vorgebrachten Gründen, daß es nicht angebracht sei, für die Angestellten bessere Bedingungen zu schaffen als die seien, unter denen die Mitglieder lebten. Viele Genossenschaftsmitglieder seien schlechter gestellt als die Angestellten.

Es ist bedauerlich, daß diese Gründe bei der leistungsfähigen Genossenschaft durchschlagend waren. Es wird in vielen Gemeinden viele Familienväter geben, die schlechter gestellt sind als die Gemeindegewerbetätigen. Wollte aus diesem Grunde eine Gemeindeverwaltung eine Verbesserung der Verhältnisse der Gemeindegewerbetätigen ablehnen, so würde das sicher auch von der Mehrzahl derer als sozialpolitische Rückständigkeit empfunden werden, die in Dresden den Angestellten ihres Konsumvereins die Wohltat einer Pensionskasse verweigerten.

Der Buchdruckerverband hatte seine Gauvorsteher nach Berlin einberufen, um das Verhältnis zu den Prinzipalen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Der Beschluß war ein ganz eigenartiger und in der deutschen Arbeiterwelt wohl kaum dagewesener. Die Leiter des Verbands waren darüber entriistet, daß die Berliner Verbandsgenossen, statt in bestimmten Fällen die Tarifschiedsgerichte anzurufen oder den Ausgang einer erhobenen Klage abzuwarten, vielfach unter Tarifbruch zur Selbsthilfe durch willkürliches Niederlegen der Arbeit gegriffen hatten. Auf der Gaukonferenz gab sich ein allgemeiner Unwille darüber kund, daß man die Tarifgemeinschaft mit der der Verband ein gutes Stück vorwärts gekommen sei, so gering achte. Man müsse die eingegangenen Verpflichtungen streng innehalten; wären alle Instanzen und friedlichen Mittel erschöpft, so bleibe ja immer noch als ultima ratio der Streik. Mit allen gegen zwei Stimmen (der hannoversche Vertreter Klapproth sumierte dagegen, weil ihm die Resolution zu matt war) gelangte folgender Antrag zur Annahme:

Die Gauvorsteher und Gehilfenvertreter halten in Hinblick auf die in Berlin geschaffenen Verhältnisse die durch den Verbandsvorstand berufene Konferenz für dringend geraten, um die notwendige Klärung herbeizuführen. Sie können an, daß die Tarifmittlungen ihre Entscheidung auf Grund der bestehenden Beschlüsse gefaßt haben, und erwarten, daß der Berliner Gauvorstand bei den Mitgliedern des Gaus mit aller Energie dahin wirken wird, daß bei allen Differenzen die gemeinsam beschlossenen Beschlüsse respektiert werden.

Ziehen niedrige oder höhere Verträge die Mitglieder an? Zu dieser Frage gibt das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Belgiens einen lehrreichen Beitrag aus der Geschichte der Mechanikergewerkschaft Verviers. Als die Arbeiter ihre Arbeitslosenkasse gründen wollten, wurde über die Beiträge lebhaft diskutiert. Die einen glaubten, erhöhte Beiträge würden einen Teil der alten Mitglieder bewegen auszutreten und den Beitritt der noch unorganisierten zu verhindern. Um ihre Befürchtungen zu zerstreuen, setzte man vier Klassen ein: Die eine mit 25 Cents im Monat deckte einfach die Verwaltungskosten, diese Mitglieder hatten kein Recht auf Unterstützung; die zweite mit 50 Cents gab den Mitgliedern das Recht auf eine Unterstützung von 60 Cents während 75 Tagen. Die dritte mit 75 Cents Monatsbeitrag gab das Recht auf Unterstützung von 1.20 Fr. während 75 Tagen; in der vierten Klasse bezahlte das Mitglied 1 Frank Monatsbeitrag, wodurch ihm eine Arbeitslosenunterstützung von 1.80 Frank während 75 Tagen gesichert wurde.

Was geschah? Alle Mitglieder ohne Ausnahme zahlten den höchsten Beitrag. Kein einziger profitierte von der vorgeblichen Erleichterung zum Beitritt in die Gewerkschaft.

Die ungarische Gewerkschaftspresse. Trotz aller Hindernisse, die der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Ungarn bereitet werden, vermochten diese nicht den Fortschritt der Gewerkschaften zu hindern. Ein Zeichen der festen Fortschritte der gewerkschaftlichen Bewegung ist der Stand der Gewerkschaftspresse. Vor drei Jahren erreichten jährliche ungarische Fachblätter die Auflage von 12 000, während sie heute die 60 000 übersteigen.

Zusammen gibt es in Ungarn 21 Fachblätter. Von diesen erscheint eines wöchentlich, 14 monatlich zweimal und 6 monatlich einmal. Die mächtige Entwicklung der Fachpresse zeigt am besten, in welchem Maße sich die Fachorganisation in Ungarn gefestigt hat. Die Auflagen der Fachblätter sind größer, als die Mitgliederzahl der Vereine es ist. Die Erklärung davon ist darin zu suchen, daß ein-

zelne Branchen keine Organisation haben. So beispielsweise hat der „Ungarische Eisenbahner“ eine Auflage von 3500, während die Eisenbahnarbeiter keine Organisation haben. Der „Bäderarbeiter“ erscheint in 1200 Exemplaren, die Arbeiter stehen aber ebenfalls ohne Organisation da, indem ihr Verein kürzlich aufgelöst wurde.

Eine Streitverordnung in Ungarn. Um den in den letzten zwei Jahren ziemlich rasch einander folgenden Streikbewegungen in Ungarn Einhalt zu tun, erließ der ungarische Handelsminister eine Verordnung, in welcher er die Gewerbebehörden verpflichtet, künftighin die streikenden Arbeiter, falls die Arbeitseinstellung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist erfolgt ist, ihren Arbeitgeber wieder zuzuführen und zur Erfüllung ihres Arbeitsvertrages anzuhelfen. In der Begründung der Verordnung heißt es, daß die massenhafte Arbeitseinstellung bei Bestand eines rechtmäßigen Arbeitsvertrages kein Streik im wahren Sinne des Wortes, sondern ein Vertragsbruch sei, der nach den Vorschriften des Gesetzes geahndet werden müsse. Nach dem bestehenden Gesetze ist der Arbeiter bei rechtswidriger Auflösung seines Vertrages im Gegensatz zum Arbeitgeber auch strafrechtlich verantwortlich. Er kann zur Arbeitsstätte eventuell mit Gewalt zurückgeführt werden. Die Verordnung erkennt übrigens das Recht der Arbeiter an, sich im Wege der Koalition bessere Arbeitsbedingungen zu sichern. Eine Arbeitseinstellung kann jedoch nur dann erfolgen, wenn der Arbeitsvertrag regelmäßig gekündigt und die Kündigungsfrist bereits abgelaufen ist.

Ueber die Wirkung dieser Ministerialverordnung kann niemand im Zweifel sein. Selbst in Regierungskreisen ist man darüber ziemlich im Klaren, daß von nun an in Ungarn anstatt der Streiks ausschließlich der Boykott als Kampfmittel angewendet werden wird. Sonst bleibt alles beim alten.

Internationale Streikstatistik. Im allgemeinen ist von September auf Oktober d. J. die Streikbewegung zurückgegangen. In Deutschland, Frankreich und England zusammen ist von 129 Streiks im September die Zahl derselben auf 104 im Oktober gesunken. Die Anzahl der Streikenden in England und Frankreich betrug im September 24 778, im Oktober dagegen 16 329. Die 16 Streiks, die in England im Oktober stattfanden, betrafen 4154 Arbeiter, darunter 2214 Bergleute. Der zurzeit ungünstige Arbeitsmarkt in England hatte in den zehn Monaten des Jahres eine Abnahme der Streiks zur Folge. Durch Streiks gingen an Arbeitstagen verloren von Januar bis einschließlich Oktober 1 283 100 gegen 2 025 300 Arbeitstage des Vorjahres. Dabei waren beteiligt das Baugewerbe mit 343 500 Tagen (1908 107 400 Tage), Bergbau, Steine usw. 528 800 (1 199 200), Maschinen, Metalle usw. 144 900 (430 600), Textilgewerbe 117 500 (92 900), Bekleidung 11 200 (129 600), Verkehr 32 700 (22 000), sonstige Gewerbe 102 700 (43 600 Tage). In Frankreich begannen im Oktober 32 Streiks mit 12 175 beteiligten Arbeitern, darunter 26 Angriffstreiks. Die Kämpfe der Doharbeiter in Havre und Marseille sind noch nicht beendet. In Rouen sind die Choristen des dortigen Stadttheaters in den Streik getreten, infolgedessen keine Vorstellungen gegeben werden können. Auch die Schweiz hat im Oktober größere Streiks zu verzeichnen. Im Neuenburger und Berner Jura betrafen die Streiks die Uhrenindustrie, wovon Goldarbeiter und Graveure mitbetroffen waren und mitstreikten. Beteiligt waren 700 Mann, deren Kardinalforderung neunstündige Arbeitszeit ist. Die Niederlande haben den Glasarbeiterstreik, der am 3. Oktober begann und dessen Ursache ein ganz ungerechtfertigter Lohnabzug von 20 Prozent bildet. Er betrifft etwa 1000 Mann. Die Glaswarenfabriken haben schon jetzt nicht unbedeutenden Schaden, so z. B. sind größere Aufträge an deutsche Fabriken schon gegeben. Eine deutsche Fabrik bekam 150 000 Flaschen bestellt. In Spanien ist die Streikbewegung gegen das Vorjahr zurückgegangen. Stark betroffen ist durch den Weberstreik Barcelona, der mehrere Tausend Arbeiter trifft. Die etwas bessere Konjunktur in den Vereinigten Staaten Nordamerikas machte auf die Streikbewegung keinen Einfluß. Erwähnenswert ist der Abwehrstreik der Kohlenarbeiter in den Bergwerken von Illinois, der Ende Oktober ausbrach und Moran etwa 54 000 Arbeiter beteiligt sind. Auch hier handelt es sich um eine durch nichts gerechtfertigte Lohnkürzung von 5 1/2 Prozent der Arbeiter an den Kohlenförderungsmaschinen.

Eine Gewerkschaft von Polizisten mit einem Sozialdemokraten als Präsidenten an der Spitze ist in Luzern gegründet worden. Von den 35 Polizisten der Stadt gehören die meisten der Gewerkschaft als Mitglieder an. Dieselbe hat bereits ihren Beitritt zum Zentralverband städtischer Angestellter und Arbeiter beschlossen. Der Präsident ist unser Genosse Koch, Redakteur unseres dortigen Parteiblatts Der Demokrat. Ob die neue Polizisten-Gewerkschaft Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Der Stadtpräsident Heller, einer der ersten Führer der „freisinnigen“ Partei der Schweiz ist wütend über die neue Organisation und hat den organisierten Polizisten eine fürchterliche Strafpredigt gehalten. Das Vereins- und Verfallungsrecht existiert nach diesem „Freisinnigen“ für die Polizisten offenbar nicht.

**Berichte.**

Schönlaube. Zur Lage der streikenden Arbeiter der Firma P. M. Eppenstein ist noch beachtenswert, daß eine Verhandlung mit dem Chef am Mittwoch, den 23. d. M., angeknüpft werden sollte. Als die Kommission den Meister befragte, ob der Chef zu sprechen sei, ging der Meister ins Kontor, kam jedoch mit dem Bescheid zurück, daß der Chef mit den Leuten nichts zu sprechen habe, sie sollten dem Meister sagen, was sie wollten. Die Antwort der Kommission war: Eine nähere Erklärung ist überflüssig, als die, will der Chef mit uns verhandeln oder nicht. Der Chef erklärte darauf, er verreise auf zwei Tage und wäre weiter nicht zu sprechen. In Wirklichkeit ist der Herr aber nicht verreist. Das ist der Verlauf des Versuchs zu einer Verhandlung. Nun hat sich im Laufe der Woche herausgestellt, daß die Firma im hiesigen Gefängnis arbeiten lassen wollte. Wir haben die nötigen Schritte getan, damit im Gefängnis nicht Streikbrucharbeit gemacht wird, und hoffentlich mit Erfolg. Auch hat es die Firma versucht, uns bei dem Hauptvor-

stand durch Unwahrheiten anzuführen, aber unsere Antwort wird der Firma gegenüber nicht ausbleiben. In dieser Hinsicht ist die Absicht der Firma auch ins Wasser gefallen. Die Haltung der Streikenden kann allen als Muster dienen. Selbst der Versuch, Streikbrecher durch ehemalige Tabakarbeiter heranzuziehen, ist erfolglos geblieben. So einfach, wie sich die Firma die Sache vorgestellt hat, ist sie nicht, denn der Verdienst in Tabakindustrie ist demnach schlecht, daß so leicht auf diesen Leim niemand geht. Kollegen, wir werden unsere gerechte Sache durchzusetzen suchen; natürlich bedürfen wir dazu der Sympathie der gesamten Tabakarbeiter und bitten, uns in diesem Kampfe materiell zu unterstützen, denn unser Sieg ist Euer Sieg. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an H. Wollermann, Wilhelmstraße 23.

Wir erhalten folgende Zuschrift:  
 Orsoy, den 28. November 1904.  
 An die Redaktion des Tabakarbeiter!

Ich bitte um Aufnahme folgender Erklärung in Ihrem w. Organ und hoffe, daß Sie es im Interesse der Wahrheit tun, ohne daß ich auf § 11 des Preßgesetzes aufmerksam mache!

Erklärung.  
 Unterzeichneter erklärt die Ausführungen des Math. Jewald in Nr. 48 des Tabakarbeiter für unwar. Es kann in dem betreffenden Artikel von keiner Aussage der Kommission die Rede sein, da ich als damaliges Kommissionsmitglied dem Herrn Jewald keine Aussage gemacht habe. Dieses zur Steuer der Wahrheit.  
 Orsoy, den 28. November 1904. Jos. Wagner.

Sedenheim. Hiermit bringen wir zur Kenntnis, daß für die Zahlstelle Sedenheim nicht mehr Jakob Wolz zweiter Bevollmächtigter ist. Es scheint, er hat sein Amt nur angenommen, um uns zu zerplündern. Wir ermahnen deshalb alle Kollegen der Zahlstelle Sedenheim und Umgegend, fernerhin bei Wahlen etwas vorsichtiger zu sein. Gätten wir uns auf den zweiten Bevollmächtigten verlassen, so wäre unsere ganze Bewegung wieder eingeschlafen. Was man durch langes Ringen und Kämpfen endlich gut machen will, kann ein solcher Kollege, der in einer Fabrik das Kommando führt, wo für die Arbeit 3.40 bis 4.80 Mk. bezahlt wird, auf einmal wieder verderben; so handelt unser Kollege Jakob Wolz.

**Litterarisches.**

Die Gleichheit, unsere Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, hat, wie einer Mitteilung der Redaktion zu entnehmen ist, nunmehr einen festen Stand von 12 000 Abonnenten erreicht. Ermuntert durch diesen hoch erfreulichen Erfolg gehen Verlag und Redaktion jetzt daran, das alle 14 Tage erscheinende Organ in der Richtung weiter auszubauen, daß abwechselnd eine besondere Abteilung für Unterhaltung und Belehrung, eine andere für sorgfältig ausgewählte Jugendliteratur gebracht werden soll. Dadurch soll die proletarische Mutter besser gerüstet werden zu ihrem wichtigen Erziehungswerk am Kinde, andererseits will man das Blatt aber auch in den Dienst des hohen Ideals stellen, die leiblichen und geistigen Kräfte der proletarischen Arbeiter zu harmonischer, kraftvoller Entfaltung zu bringen, um sie zum Verständnis und der Erfüllung der hohen Mission ihrer Klasse zu befähigen. Belehrende Artikel, Biographien bedeutender Persönlichkeiten, Erzählungen, Gedichte usw. sollen das aufgezeigte Ziel fördern. Daß daneben in den Kinderseiten der Gleichheit auch Spiel und Unterhaltung eine Stätte finden werden, ist selbstverständlich.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbands für das Jahr 1905. Im Auftrage des Verbandsvorstands, herausgegeben von Theodor Leipart. 6. Jahrgang. Preis 50 Pfg. für Verbandsmitglieder; im Buchhandel 75 Pfg. (bei J. G. W. Dietz' Nachfolger in Stuttgart).

**Bücher für den Weihnachtstisch.**

Es ist sicher etwas Wahres an dem Wort, das der größte Teil der Deutschen nur zu Weihnachten Bücher kauft. Um so mehr muß es sich dann jeder angelegen sein lassen, nur wirklich Wertvolles zu erwerben.

Heute soll das Augenmerk ganz besonders auf ein wertvolles Buch gelenkt werden, das verdient, jeder Hausbücherei und jeder Vereinsbibliothek einverleibt zu werden. Es handelt sich um

**Fridtjof Nansens Eskimoleben.**  
 Dieses 302 Seiten starke, elegant und originell gebundene und überdies auch illustrierte Werk, das vor kurzer Zeit noch 5 Mark kostete, kann, durch besondere Umstände veranlaßt, für 2 Mark (Porto 30 Pfg. extra) abgegeben werden.

Der berühmte Nordpolfahrer, der bekanntlich schon im Jahre 1888 durch seine Durchquerung Grönlands sein ganz besonderes Organisationsstalent für schwierige Forschungsreisen erwiesen hatte, schildert in dem Buche auf Grund eines halbjährlichen Aufenthaltes unter den grönländischen Eskimos deren Lebensweise, Sitten und Gebräuche auf die feinste Art und Weise.

Eine unarmbrigitte Abrechnung hat Nansen am Schluß gehalten, das ist das Interessanteste für uns an dem Buche, mit der Art und Weise, wie die Europäer durch Kolonisationsarbeit und Missionstätigkeit dieses harmlos gutmütige Volk nur verborgen und schließlich weiter nichts erreicht haben, als daß die Eskimos unrettbar dem Untergang verfallen sind. Die Schlusskapitel des Buches gehören zu dem Glänzendsten, was gegen Kolonialpolitik und Missionsversuche überhaupt geschrieben worden ist.

Dieses kostbare Buch, das für jeden Weihnachtstisch eine Zierde sein wird, kann auch durch die Expedition des Tabakarbeiters, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, bestellt werden.

**Kollegen! Agitiert für eure Organisation!**

**Rasiere dich selbst und beachte diese Annonce!**



Die hier abgedruckte Neuheit Rasiermesser №250 Preis M. 2.50 prima engl. Silberstahl mit fein verzierter Fantasie-Schalen und 5jährig. Garantie, erhält jeder Leser ds. Bl., ohne an eine Nachbestellung gebunden zu sein, bei Einsendung dieser Annonce umsonst, nur die durch Porto, Verpackung u. dgl. entstehenden Unkosten sind mit M. 1.25 einzusenden.

Die Probe wird, so lange der Vorrat reicht, mit meinem Hauptkatalog 1904 mit ca. 2000 Abbild., mit vielen Neuheiten: Solinger Stahlwaren, Haushaltsgegenständen, Gold-, Silber-, Nickel-, Lederwaren Haus- und Taschen-Uhren, Bürstenwaren, Pfeifen, Werkzeuge für Schuster, Schneider, Schlosser etc. etc., an Jeden versandt, welcher noch keinen Versuch mit meiner Ware gemacht und das Inserat innerhalb 8 Tagen eingesandt hat. (Es wird nur ein Probemesser abgegeben. Mehrere Personen, welche in einem Hause wohnen erhalten nur 1 Messer.)

Nur die Reellität meines Geschäftes und die Überzeugung, dass Jeder, welcher einen Versuch mit meinen Waren macht, mein Kunde wird, ohne Zwang, haben mich bewegen, den Abonnenten dieser Zeitung in vorstehender Weise entgegenzukommen. Dank- und Anerkennungen über meine Fabrikate laufen täglich ein.

**Friedrich Wilhelm Engels, Stahlwarenfabrik, Nümmen-Gräfrath bei Solingen No. 503**

Noch ein hübsches Weihnachtsbuch kann durch die Expedition des Tabakarbeiters, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, bezogen werden:

**Karl Ewalds Ausgewählte Märchen.**

Neue Ausgabe.  
 Kartontiert 1 Mk., eleg. geb. 1.50 Mk. (Porto 20 Pfg.)

Diese Märchen sind ihres gebiegenen naturwissenschaftlichen Inhalts halber auch für Erwachsene recht geeignet.

**la. Grus** à 30, 50, 75, gut gereinigt, stets a. Lager  
 Div. Rohtabak räumungsb. extra billig.  
**Kemmler Ngr., Breslau 6.**

**Aufruf!**

Zigarrenmacher **Ernst Barwisch** aus Baumgarten b. Ohlau, jetzt auf Wanderschaft, wird ersucht, wegen Todesfall seiner Mutter, seinen Aufenthaltsort sofort mitzutellen.

Im Namen der Brüder:  
**August Barwisch, Baumgarten b. Ohlau.**

**Rohtabak-Handlung**  
 in- und ausländische en gros en detail  
**Grösste Auswahl! Billigste Preise!**  
**Jacob Hirsch jun.**  
 Mannheim a. Rh., P 7, 1  
 Agentur u. Kommissionsgeschäft.